G 1480

MittelstandsMagazin

Informationen und Forum für Mittelstand, Wirtschaft und Management

10-2008 • 4,– €
www.mitmagazin.com

JETZT HANDELN

Die Abgeltungsteuer kommt

SCHWERPUNKT

Frauen, die besseren Geldverwalter

POLITIK

Neues aus Europa

WIRTSCHAFT

Private Equity-Finanzierung

UNTERNEHMEN

Profi-Strategien für Frauen

Für beständigen unternehmerischen Erfolg braucht man

VERTRAUEN

Sie am besten auf die Leistung im Doppelpack: die Beratung durch Ihren Steuerberater und Unternehmenssoftware von DATEV.

Auf Ihren Steuerberater können Sie sich in jeder Situation verlassen. Er kennt Ihr Unternehmen genau. Mit allen Zahlen und Abläufen. Und er weiß, mit welcher Unternehmenssoftware Sie die Herausforderungen erfolgreich meistern. Auch bei aktuellen steuerlichen Themen ist er immer auf dem neuesten Stand. Informieren Sie sich – auch über DATEV-Software für Warenwirtschaft, Rechnungswesen, Personalwirtschaft und Office-Management – bei Ihrem Steuerberater oder unter der Telefonnummer 0800 1001116.
www.datev.de/unternehmensloesungen

DATEV

Zukunft gestalten. Gemeinsam.

WAHLKAMPF

Feste Überzeugungen und klares Profil

Der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarmann ist Mitglied der achtköpfigen Programmkommission der CDU Deutschlands zur Vorbereitung des CDU-Parteitags im Dezember.

Etwas weniger als ein Jahr trennt uns von der nächsten Bundestagswahl am 27. September 2009. Zuvor hat die Union nicht nur die Europawahl, sondern auch wichtige Landtagswahlen zu bestehen. Mehr denn je ist nach dem Führungswechsel in der SPD ein eindeutiges und unverwechselbares Profil der Union gefragt. Es geht um den Markenkern, der sie, die Union, vom rechten Teil der in zwei Flügel gespaltenen SPD unterscheidet. Ein „Allen-wohl-und-niemand-weh"- Schmusewahlkampf bringt uns keine 40 Prozent. Die Union muss klar sagen, was sie will, was sie von den Bürgern verlangt und was diese dafür bekommen.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) hat klare Vorstellungen darüber, wie die politische Mitte in Deutschland wieder gestärkt und als Wähler der Union zurückgewonnen oder gebunden werden kann.

Steuerpolitik
Wir brauchen ein einfaches und gerechtes Steuersystem, dass den Bürgern nach unserem freiheitlichen Staatsverständnis mehr an Einkommen belässt. In der Praxis bedeutet dies Steuersenkungen, damit vom Brutto mehr Netto übrig bleibt. Ein wahrer Lackmustest wird noch in diesem Jahr die Ausgestaltung der Erbschaftsteuer, die nach dem Willen der MIT komplett abgeschafft gehört.

Mindestlohn
Wir lehnen staatlich verordnete Mindestlöhne entschieden ab und fordern stattdessen die Umsetzung der von der CDU beschlossenen Konzepte zum Mindesteinkommen. Staatliche Mindestlöhne kosten Arbeitsplätze, behindern den Wettbewerb und stellen die Tarifautonomie in Frage.

Soziale Sicherung
Die Reformbeschlüsse des Leipziger Parteitags zu den sozialen Sicherungssystemen bleiben weiterhin gültig. Gesetzliche Leistungen dürfen sich nur an einer Grundversorgung orientieren. Versicherungsfremde Leistungen sind über Steuern zu finanzieren.
Der Gesundheitsfonds in der jetzigen Ausgestaltung darf keine endgültige Lösung sein, weil er den Weg in die Staatsmedizin bereitet.

Energiepolitik
Ohne Atomenergie droht Deutschland eine Energielücke. Der von Rot-Grün durchgesetzte Ausstieg aus der Atomenergie mit Restlaufzeiten für die Kernkraftwerke von 32 Jahren muss deshalb rückgängig gemacht werden. Die MIT fordert, die Laufzeiten davon abhängig zu machen, ob die Kernkraftwerke auf höchstmöglichem Sicherheitsniveau betrieben werden können.

Infrastruktur
Zur Zeit erreichen die Investitionen in die Verkehrs-Infrastruktur nicht einmal die Höhe der Abschreibungen der vorhandenen Anlagen. Daher fordern wir eine deutliche Erhöhung der Investitionen in die Bundesfernstraßen. Die Bahnprivatisierung muss weiter vorangetrieben werden.

Unsere inhaltlichen Positionen zum Wahlkampf haben wir in einer Übersicht zusammengefasst (siehe Seite 36). Zu den meisten Schwerpunkt-Themen liegen darüber hinaus detaillierte Papiere der MIT-Kommissionen und –Arbeitskreise vor.

Es muss das erklärte Ziel der Union sein, 2009 die große Koalition mit der SPD zu beenden und von den Wahlbürgern einen Auftrag zur Bildung einer bürgerlich-liberalen Koalition mit der FDP zu erhalten. Alles andere ist ein gefährliches Vabanque-Spiel mit hohem Risiko – für die Union und für die Kanzlerin gleichermaßen.

NAVIGON

Der sicherste Weg ans Ziel zu kommen

Die NAVIGON AG bringt Design, Innovation und Komfort auf einen Nenner. Mit Assistenzfunktionen wie Reality View Pro und Fahrspurassistent Pro können Sie sich endlich auf das Wichtigste konzentrieren: das Fahren. Mit NAVIGON FreshMaps sind Sie 24 Monate lang up to Date.

Exklusive Vorteile für die Mitglieder der MIT

Überzeugen Sie sich selbst im internen Bereich der MIT Homepage unter www.mittelstand-deutschland.de.

MIT MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU/CSU
in Kooperation mit corporate benefits GmbH

Einem Teil unserer Auflage ist eine Beilage der **Financial Times Deutschland** beigefügt. Wir bitten unsere Leser um ihre Aufmerksamkeit.

POLITIK

3 **Editorial**
MIT-Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarmann zur politischen Lage

5 **Die Seite-5-Karikatur**

6 **Viel alter Wein in neuen Schläuchen**
Die gegenwärtige Europäische Mittelstandspolitik

10 **Bundesanzeiger wartet auf Abschlüsse**
Firmen drohen bei Verzug empfindliche Strafen

12 **Public Private Partnership**
Die öffentliche Hand greift selten zu

14 **Private Equity**
Eine Branche kämpft um ihren Ruf

WIRTSCHAFT

Schwerpunkt-Themen

18 **Geldanlage**
Warum Frauen doch besser mit Geld umgehen

20 **Die Abgeltungsteuer kommt**
Jetzt ist Handeln gefragt

UNTERNEHMEN

23 **Alles über das World Wide Web**
Zweiter Teil unserer Internet-Serie

25 **Mehrwerte schaffen, Kunden begeistern**
Die vermeintlich alten Werte zählen immer noch

28 **Die Profi-Strategie**
Wie Frauen Wünsche viel leichter verwirklichen

30 **Drei Impulse für einen besseren Umgang mit der Zeit**
Menschen planen ihre Zeit und haben dennoch keine

33 **Recht im Gespräch**

33 **Was würde Ludwig Erhard sagen?**

34 **Aktuelle Urteile**

35 **Bücher – für Sie gelesen**

MIT-INSIDE

36 **MIT-Standpunkte zur Bundestagswahl 2009**

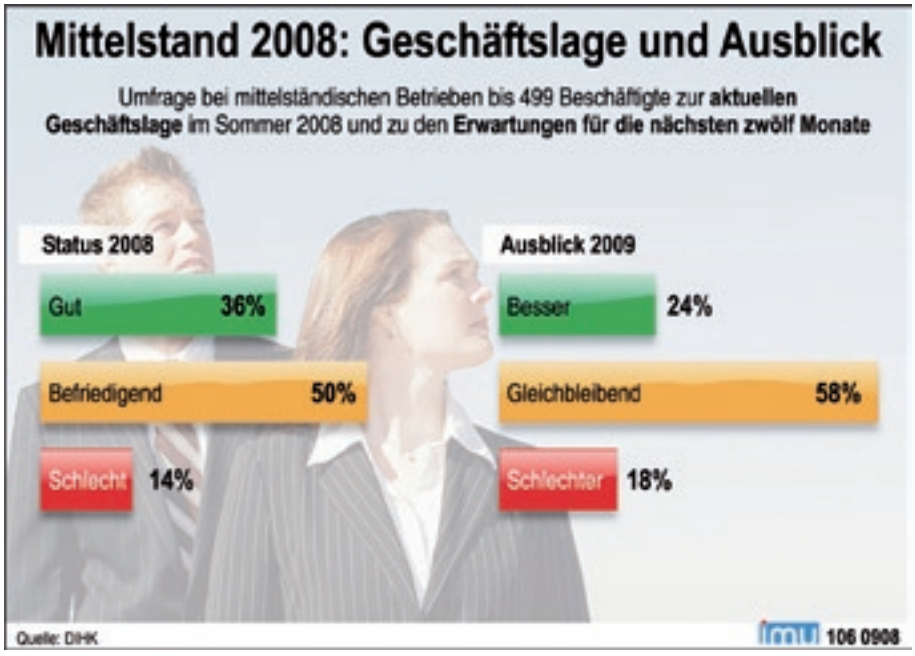
38 **Namen sind Nachrichten**

39 **Mittelstandspolitik**

40 **MIT-Inside**

42 **Baustelle**

42 **Impressum**



Die Seite-5-Karikatur

Manager-Weisheiten

Vernünftig ist ein Argument,
das man nicht gleich als falsch erkennt.

Gestern, heute und auch künftig,
ist der Mensch meist unvernünftig.

Vernunft wird stets und laut gepriesen
und immer nur ex post bewiesen.

Der Mensch braucht wie die Viecher,
immer einen guten Riecher.

Man braucht in ziemlich jeder Phase
eines Projekts 'ne gute Nase.

Manager-Bosheiten

Ein breites und profundes Wissen
lässt mancher Mensch gezielt vermissen.

Frühling, Sommer, Herbst und Winter,
große Klappe, nichts dahinter.

Vertrauen lässt sich leichter zollen
nach vorherigen Kontrollen.

Versprechen heißt in vielen Fällen
sie lediglich in Aussicht stellen.

Versprechen macht oft Verdruss,
wenn man sie auch noch halten muss.

Aus: Andreas Rother, Managerweisheiten und Managerbosheiten, mit freundlicher Genehmigung von Redline Wirtschaft

EUROPÄISCHE MITTELSTANDSPOLITIK:

Viel alter Wein in neuen Schläuchen

Von Karl-Sebastian Schulte

Foto: Pitopia

Small Business Act – großer Wurf oder kleinkariertes Denken?

Die EU entdeckt ihr Herz für Kleinunternehmer und hat einen „Small Business Act" vorgelegt. Der von vielen erhoffte große Wurf ist aber erneut ausgeblieben.

Die Kombination der Worte „EU" und „Regeln " löst hierzulande im Normalfall bei jedem der mehr als drei Millionen Mittelständler, Handwerker und Selbstständigen spontane allergische Reaktionen oder wüste Schimpftiraden aus. Zwar profitieren die Unternehmen des Exportweltmeisters Deutschland mehr als alle anderen vom über die Jahre immer barrierefreieren Zugang zum europäischen Binnenmarkt, der nach der letzten Erweiterungsrunde um Mittelosteuropa den größten zusammenhängenden Wirtschaftsraum der Welt mit einer halbe Milliarde Kunden bildet. Wenn es um die Vorschriften aus Brüssel geht, ist man sich indes mit den übrigen Firmenlenkern der insgesamt 23 Millionen Klein- und Mittelbetriebe in der Europäischen Union einig: Was sich die Eurokraten am grünen Tisch an Vorgaben ausdenken, führe in der betrieblichen Praxis meist zu zeitraubender Bürokratie, unsinnigen neuen Auflagen für Umweltschutz oder Produktsicherheit und immer zu höheren Kosten. Schnell fallen die Stichworte Feinstaub, Antidiskriminierung oder das neue Chemikalienrecht REACH.

„Think small first"

Seit vielen Jahren versuchen die jeweiligen EU-Kommissionen mit allerlei Kampagnen, Programmen, politischen Bekundungen und Charmeoffensiven die Herzen des skeptischen Mittelstands in den 27 Mitgliedstaaten, der statistisch 99 Prozent aller Unternehmen ausmacht und mit 75 Millionen Menschen Zweidrittel aller Arbeitnehmer beschäftigt, wieder für ihre Politik zu erwärmen. Das Prinzip „Zuerst an die Kleinen denken" („think small first") wurde unlängst zum Leitmotiv bei allen wirtschaftsrelevanten Vorhaben erklärt. Unter dem vollmundigen Titel eines „Small Business Act" (SBA) hat Brüssel nun vor wenigen Wochen ein lange erwartetes neues Maßnahmenpaket vorgestellt. Der vom deutschen Kommissionsvizepräsidenten Günter Verheugen verantwortete Katalog ist lang, enthält freilich entgegen der Namensgebung keinerlei Gesetzesinitiative und auch sonst wenig Neues, sondern ist vor allem eine Sammlung bekannter Grundsätze. Hinter vorgehaltener Hand sprechen viele Interessenvertreter deshalb enttäuscht von einem Etikettenschwindel. Lange hatten die Verbände gehofft, der im Vorfeld als großer Wurf inszenierte SBA werde eine rechtsverbindliche Besserstellung der Klein- und Mittelbetriebe beinhalten.

Small Business Act

Stattdessen sollen Verwaltungsbehörden stärker auf die Bedürfnisse des Mittelstands eingehen, die Angebote der Europäischen Investitionsbank (EIB) ausgebaut sowie bestehende Förderprogramme optimiert werden. Aus Sicht Deutschlands sind die Pläne der Kommission denn auch unausgegoren. Hartmut Schauerte, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, sieht in vielen Fällen schlicht keinen Regelungsbedarf auf europäischer Ebene. Seine Kritik entzündet sich am breiten Ansatz des SBA. „Wir sind der Auffassung, dass Mittelstandspolitik ganz überwiegend eine Angelegenheit des nationalen Gesetzgebers bleiben muss." Der Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung sieht die Gefahr, dass „überflüssige Parallelstrukturen"

geschaffen werden und damit am Ende gar mehr Bürokratie entsteht. Während der Konsultationen zum Small Business Act empfahl er deshalb in einem Brief an Industriekommissar Verheugen, künftig Kleinbetriebe einfach komplett bei jedem Erlass von Rechtsakten der EU auszunehmen. Das könnte beispielsweise bei Schwellenwerten von 20 Beschäftigten, einer Bilanzsumme von einer Million und einem Jahresumsatz unter 2 Mio. Euro greifen. Für solche Unternehmen würden dann grundsätzlich nur noch Bestimmungen der jeweiligen Mitgliedstaaten gelten. „Die Subsidiarität muss gelebt werden," betont der MIT-Vize. Das diene dem Wettbewerb um die besten Ideen und Lösungskonzepte. Eine so radikale Mittelstandsklausel hätte viele Firmen beispielsweise vom europäischen Antidiskriminierungsrecht verschont. So umfassende KMU-Freundlichkeit wagte man aber erwartungsgemäß nicht. Auch eine Liste mit 21 konkreten Forderungen und 3,5 Mrd. Euro Entlastungsvolumen der Mittelstandsvereinigung der Europäischen Volkspartei (SME Union) blieb weitgehend unberücksichtigt.

Zusätzliche Gesetzesvorschläge

Wegen der inhaltlichen Leere und Substanzlosigkeit von Verheugens Bündel ordnete Kommissionspräsident José Manuel Barroso allerdings in letzter Minute an, dem Small Business Act zumindest noch einige ohnehin geplante Gesetzgebungsinitiativen zuzuschlagen, auch wenn sie sich größtenteils nicht ausschließlich an KMUs richten. Hierzu gehören beispielsweise die Vereinfachung von Anmeldepflichten staatlicher Beihilfen. Das hilft allerdings nicht den Unternehmern, sondern erleichtert bloß den Beamten bei der Verteilung von Subventionen das Leben. Oder das Projekt der so genannten „Europa-GmbH", an dem die Generaldirektion Binnenmarkt seit Jahren werkelt. Der Vorschlag eines Statuts war auf massiven Druck des Europäischen Parlaments sowieso endlich für diesen Sommer angekündigt. Immerhin diese neue, EU-weite Rechtsform der Europäischen Privatgesellschaft könnte ein Renner werden. Sie wird von der Wirtschaft sehnlichst erwartet und dürfte vor allem dem industriellen, exportorientierten Mittelstand den Zugang zu Nachbarmärkten erleichtern.

Aussichtsloses Steuerpaket

Deutlich umstrittener ist der hochpolitische Plan, die reduzierten Mehrwertsteuersätze neu zu regeln und auszuweiten. Davon sollen Restaurantbetreiber ebenso profitieren wie allerlei Handwerker. Grundsätzlich gilt in der EU seit 1992 ein einheitlicher regulärer Mindestsatz von 15 Prozent. Für bestimmte wichtige Versorgungsgüter wie Lebensmittel, Zeitungen oder Medikamente wurde als Untergrenze fünf Prozent zugelassen. Hinzu kommen jedoch zahlreiche, genau fixierte nationale Ausnahmen, so dass die Umsatzsteuerpraxis in Europa einem Flickenteppich gilt – von Sonderregeln für Motorradhelme in Griechenland über Kinderbekleidung in Großbritannien bis hin zu den befristeten Versuchen mit Ermäßigungen auf arbeitsintensive Leistungen wie Friseurbesuche oder Pflegedienste in einigen Ländern wie Österreich. Der Idee folgend, dass örtliche Aktivitäten den Binnenmarkt grundsätzlich nicht verzerren können, soll dieser unsystematische Katalog nun durch eine allgemeine Regelung für lokale Dienstleistungen ersetzt werden.

„Red carpet" statt „red tape"

Als Schritt zu einem „Europa der Unternehmer" möchte Kommissionspräsident Barroso den Small Business Act verstanden wissen. Man wolle dem Mittelstand nicht mehr die rote Karte zeigen, sondern einen roten Teppich („red carpet") ausrollen. Hierzu hat sich Brüssel auch das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2012 die von ihr verantworteten Verwaltungslasten der Wirtschaft um ein Viertel abzubauen. Wie genau das gehen soll, bleibt bislang offen. Den teilweise recht mutigen Vorschlägen der Beratergruppe um Ex-Ministerpräsident Edmund Stoiber begegnet die EU-Behörde jedenfalls eher reserviert. Dass sie mit ihrer 25-Prozent-Festlegung ein Nettoziel meint, bezweifeln ohnehin viele. Der Beteuerung, man wolle den Firmen nun unaufhörlich Bürokratie („red tape") abnehmen, trauen die Betroffenen nicht so recht. Enthält doch beispielsweise das zeitgleich verkündete Sozialpaket umfangreiche neue Antidiskriminierungspläne, einen Prüfauftrag für Verbrauchersammelklagen und neue Werberestriktionen.

Darauf, dass die Kommission zum von ihr propagierten „Europa der Ergebnisse" durchaus Konkretes beizutragen hätte, wies jüngst der EU-Bürgerbeauftragte Nikiforos Diamandouros hin. Er ermahnte sie zum wiederholten Mal, endlich die eigene Zahlungsmoral zu verbessern: 2007 habe die Kommission durchschnittlich 48 Tage gebraucht, um eine Rechnung zu begleichen; 22 Prozent aller Überweisungen seien verspätet gewesen. Nur gut, dass sich unter den 92 Vorhaben des SBA auch die Änderung der Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug - übrigens mit einer Maximalfrist von dann 30 Tagen - findet... Manch einem beschleicht bei alldem schon länger der böse Verdacht, dass die 27 Kommissare und ihre Abertausende Beamte unter dem selbstgewählten Motto „think small first" nicht den „großen Wurf", sondern „klein(kariertes) Denken" verstehen.

WEBTIPP

www.sme-union.org
www.european-enterprise.org

RICHTIGE THEMEN

Dr. Christoph Konrad, MdEP, zum Small Business Act

"Die EU-Kommission hat im *Small Business Act* (SBA) u.a. mit der Entlastung der KMU von Bürokratie, der Erleichterung ihres Zugangs zum Binnenmarkt, zu öffentlichen Aufträgen sowie zu finanziellen Förderungen die richtigen Themen für den Mittelstand identifiziert. Da der SBA allerdings kein juristisch verbindliches Gesetz, sondern lediglich eine sog. „Mitteilung" der Kommission ist, besteht die Gefahr, dass er - wie frühere Initiativen für den Mittelstand -, als politische Absichtserklärung versandet. Daher müssen vor allem die vier konkret geplanten Gesetzesvorhaben (zur Erleichterung der staatlichen Förderung, die Schaffung einer Europäischen Privatgesellschaft (EPG), die ermäßigte Mehrwertsteuer für lokale Dienstleistungen und schließlich die Richtlinie über Zahlungsverzögerungen) rasch von den nationalen Regierungen unterstützt werden, damit die positiven Impulse für die KMU schnell wirksam werden können. Diese enge Kooperation der EU-Staaten mit der EU-Kommission ist von zentraler Bedeutung. Ich werde mich zudem mit dem *SME-Circle* (PKM der EVP-Fraktion) dafür einsetzen, dass das EU-Parlament seinerseits diese Gesetzesvorlagen ebenfalls zügig bearbeitet."

INTERVIEW

„Die entscheidende Rolle der Unternehmer wird zu wenig erkannt“

Kümmert sich Brüssel zu viel oder zu wenig um den Mittelstand?
Peter Jungen: Positiv ist, dass Brüssel den Mittelstand entdeckt hat. Negativ ist, dass viele Ansätze der EU auch zu mehr Bürokratie führen.

Im Sommer hat die Kommission ein dickes neues Sozialpaket geschnürt. Gibt es auch in der EU-Politik einen Linksrutsch?
Jungen: Ich würde nicht von einem Linksrutsch sprechen, sondern manche dieser Aktionen eher als von Populismus getrieben bezeichnen. Hier sind Gutmenschen am Werk, die scheinbar helfen wollen. Aber auch hier gilt: Gut gemeint ist meistens das Gegenteil von gut.

Sehen Sie Fortschritte beim Dauerbrenner Bürokratieabbau?
Jungen: Hier ist in der Tat Bewegung entstanden. Die Fortschritte sind allerdings zu gering. Der Ansatz, lediglich bessere Richtlinien zu machen ist schon falsch, da zunächst einmal jede Richtlinie mehr Bürokratie bedeutet. Deshalb muss ein Paradigmenwechel her. Nicht bloß „bessere Regulierung“, sondern „weniger Regulierung“ ist der richtige Ansatz. Weniger EU-Vorschriften wären für die Unternehmer der denkbar beste Bürokratieabbau.

Dieser „low level“-Ansatz wird von der SME Union verfolgt. Die stärkste Bürokratiedichte haben wir natürlich nach wie vor in den Nationalstaaten.

Was macht Ihr Lieblingsthema Steuerwettbewerb?
Jungen: Der wohltuende Steuerwettbewerb hat zugenommen und führt schon heute zu niedrigeren Steuersätzen und weniger Ausnahmen. Das beste Beispiel für seine heilsame Wirkung ist der europaweite Rückzug der Erbschaftsteuer, auch wenn die deutsche Politik das noch nicht wahrhaben will. Die Mehrheit der EU-Länder hat heute keine Erbschaftsteuer mehr.

In weniger als einem Jahr finden Europawahlen statt. Wie lautet Ihre vorläufige Bilanz?
Jungen: Unternehmen werden heute auf europäischer Ebene stärker wahrgenommen als vorher. Was in Brüssel wie auch den meisten Mitgliedstaaten immer noch zu wenig erkannt wird, ist die entscheidende Rolle der Unternehmer als Grundlage der wirtschaftlichen Dynamik und der Innovationsgeschwindigkeit. Wir müssen das Verständnis dafür wecken, dass ohne Unternehmer und ohne Unternehmensneugründungen auf Dauer keine Volkswirtschaft bestehen kann. *kss*

Der Kölner Unternehmer, Business Angel und MIT-Bundesschatzmeister Peter Jungen ist seit 2003 Vorsitzender des Wirtschafts- und Sozialpolitischen Ausschusses (WSA) der Europäischen Volkspartei (EVP). Als Co-Vorsitzender der SME Union, Gründungspräsident des European Enterprise Institute (EEI) und in zahlreichen weiteren Ehrenämtern setzt er sich für die Förderung der Entrepreneurship-Kultur in Europa ein.

Die zehn „Grundsätze“ des Small Business Act (SBA)

Günstigere Bedingungen für Unternehmer und Familienbetriebe
- Information über Unterstützungsmöglichkeiten auf EU- und nationaler Ebene
- europaweite KMU-Woche im Jahr 2009
- Erfahrungsaustausch zwischen jungen und erfahrenen Unternehmern fördern
- Mitgliedstaaten sollen sicherstellen, dass die Übertragung von Unternehmen nicht durch Besteuerung behindert wird (insbes. Schenkungs-, Dividenden- und Vermögensteuer)

Zweite Chance für insolvente Unternehmer
- Erfahrungsaustausch der Mitgliedstaaten im Umgang mit Insolvenzen
- rechtliche Verfahren sollen innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden

Abbau von Verwaltungsaufwand: „Vorfahrt für KMU“
- bis 2012 unterbreitet die Kommission Vorschläge, um den Verwaltungsaufwand für Unternehmen um 25 % zu reduzieren
- „KMU-Tests“ im Vorfeld aller Gesetzgebungs- und Verwaltungsvorhaben. Bei belastenden Melde- und Berichtspflichten sollen die Mitgliedstaaten Ausnahmeregelungen und Übergangsfristen einführen
- bessere Konsultation mit KMU-Verbänden vor Gesetzgebungs- und Verwaltungsvorschriftenvorschlägen
- keine Übererfüllung von EU-Vorgaben durch die Mitgliedstaaten („gold-plating“)

KMU-freundliche Verwaltungsverfahren
- Einrichtung elektronischer Behördendienste (E-Government) und zentraler Anlaufstellen („One-stop-Shops“)
- Mitgliedstaaten sollen Gebühren für die Eintragung von Unternehmen senken
- Unternehmen sollen in weniger als einer Woche gegründet werden, die erforderlichen Zulassungen und Genehmigungen vereinfacht sowie innerhalb eines Monats erteilt werden

Verbesserter Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen und Beihilfen
- Förderung der Beteiligung von KMU
- unverbindlicher EU-Kodex aus den besten Verfahren in den Mitgliedstaaten (Code of best practise)
- bessere Ausrichtung von Beihilfen auf KMU und Informationsportale

Erleichterter Zugang zu Kapital
- Ausbau der Mezzanin-Finanzierung und anderer Programme der Europäischen Investitionsbank
- Mitgliedstaaten sollen öffentliche KMU-Finanzierungsprogramme ausbauen
- Abbau regulatorischer und steuerlicher Hindernisse für Risikokapital sowie investitionsfreundliche Steuerpolitik durch die Mitgliedstaaten
- bis 2013 stellt die EU im Rahmen der sog. Kohäsionspolitik 27 Mrd. Euro für benachteiligte Regionen bereit, die zur KMU-Förderung eingesetzt werden können

Verbesserter Zugang zum Binnenmarkt
- Beobachtung ausgewählter Märkte daraufhin, ob die EU-Binnenmarktpolitik auch KMU zugute kommt
- Gegensteuerung bei KMU-relevantem Marktversagen

Unterstützung in Umweltschutzangelegenheiten
- erleichterte Teilnahme von KMU am freiwilligen EU-Öko-Audit-Zertifizierungssystem (EMAS), u.a. durch Gebührensenkung
- Energieeffizienzberatung für KMU im Rahmen des „Enterprise Europe Network“
- Entwicklung neuer Unterstützungsformen für Existenzgründungen im Bereich ökologischer Innovationen
- Mitgliedstaaten sollen durch steuerliche Anreize oder Subventionen umweltfreundliche Produkte und Unternehmen fördern

Förderung von Ausbildung und Innovation
- Ausweitung des „Leonardo da Vinci“-Programms zur Förderung grenzüberschreitender Ausbildung
- Verbesserung der Förderchancen von KMU im Rahmen des „Siebten Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung“

Verbesserter Zugang zu Märkten außerhalb der EU
- die Kommission will in WTO-Verhandlungen und bilateralen Abkommen den Marktzugang in Drittländern fördern, insbesondere bei öffentlichen Aufträgen
- Gründung von „European Business Centers“ in Drittmärkten

Beißen Sie nicht in den sauren Apfel

Bald bittet der Staat Millionen Deutsche zur Kasse, die ihre Kapitalerträge bislang steuerfrei genießen konnten. Ganze 25% Steuerabzug durch die Abgeltungssteuer sind dann vielfach fällig.

Zum Glück gibt es noch Möglichkeiten, Ihr Geld steueroptimiert zu vermehren.

Früher an Später denken!

Deutsche Vermögensberatung

Informieren Sie sich bei uns:

www.dvag.com

Bundesanzeiger wartet noch auf viele Jahresabschlüsse

Mittelständischen Unternehmen drohen bei Verzug hohe Ordnungsgelder

Kapitalgesellschaften sind verpflichtet, dem Bundesanzeiger ihre Jahresabschlüsse auf elektronischem Wege in Dateiform zu übermitteln.

Vielen mittelständischen Unternehmen drohen hohe Ordnungsgelder. Denn zum 31. Dezember 2007 mussten Kapitalgesellschaften ihren Abschluss für das Jahr 2006 beim elektronischen Bundesanzeiger offen legen. Vor allem mittelständische Unternehmer haben bisher die seit Jahrzehnten geltende Offenlegungspflicht missachtet. Nun müssen sie dieser auf elektronischem Weg nachkommen. Zudem werden Verstöße gegen das Transparenzgebot zukünftig vom Bundesamt für Justiz geahndet. Trotz möglicher Ordnungsgelder bis zu 25.000 Euro war die Einreichungsquote beim Bundesanzeiger bis zum Jahresende äußerst gering - obwohl inzwischen Lösungen verfügbar sind, mit denen sich die elektronische Offenlegung auf das notwendige Maß beschränken und einfach umsetzen lässt. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres sind 700.000 Unternehmen ihrer Meldepflicht nachgekommen. Allerdings heisst es, dass ein hoher Prozentsatz der Meldungen fehlerhaft sei.

Schätzungen zufolge gibt es in Deutschland etwa eine Million offenlegungspflichtige Unternehmen. Die meisten von ihnen werden ihre Abschlüsse für das Geschäftsjahr 2006 bereits erstellt haben. „In Deutschland lassen sich die meisten Unternehmen nicht gern in die Karten schauen", kommentiert Dr. Jochen Voß, Steuerberater in Düsseldorf, die schleppende Einreichung. Die Zurückhaltung bei der Veröffentlichung von Abschlüssen wurde von den Behörden bisher weitgehend geduldet. Zwar sollten Registergerichte die Offenlegung mittels Ordnungsgeld bewirken, jedoch wurden sie bislang nur auf Antrag tätig. So hat Steuerberater Voß während seiner 15-jährigen Berufstätigkeit nur einen Fall erlebt, in dem ein Mandant zur Offenlegung aufgefordert wurde.

Kein Kavaliersdelikt

Doch seit Jahresanfang gilt das Umgehen der Offenlegungspflicht nicht länger als Kavaliersdelikt: Das „Gesetz über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister" (EHUG) schreibt vor, dass Jahresabschlüsse ab dem Wirtschaftsjahr 2006 beim elektronischen Bundesanzeiger in Köln einzureichen sind. Verstöße gegen diese Pflicht werden geahndet und dies direkt vom Bundesamt für Justiz in Bonn. Künftig erhalten Unternehmen eine Mahnung von Amts wegen, auch ohne dass ein Antragsteller gezielt auf die Veröffentlichung drängt. Das Bundesamt wird in jedem Fall tätig, die entsprechenden Fehllisten erstellt der Kölner Verlag des Bundesanzeigers. Säumige Unternehmen müssen mit Ordnungsgeldern von bis zu 25.000 Euro rechnen, die auch mehrfach verhängt werden können. Justizministerin Brigitte Zypries mahnt die Unternehmen, „sich zu sputen". „Schließlich drohen jetzt erstmals spürbare Sanktionen, wenn diese – seit langem bestehenden – Pflichten nicht erfüllt werden", so die Ministerin.

Höchste Zeit also, die Offenlegungspflicht ernst zu nehmen und den Jahresabschluss an das Bundesregister weiterzuleiten. Vorgelegt werden kann der Abschluss in digitaler Form über das Internetportal des Bundesanzeigers oder das Rechenzentrum der DATEV eG und derzeit noch auf Papier. Wer Letzteres wählt, muss sich allerdings auf höhere Kosten einstellen und beachten, dass nach einer Übergangsfrist von drei Jahren die Abschlüsse zwingend elektronisch zu liefern sind. Hinsichtlich des dafür gewählten Dateiformats zeigt sich der Bundesanzeiger flexibel. Ob RTF-/Word-, PDF- oder XML- bzw. XBRL-Dateien: Jedes dieser Formate lässt sich, wenn auch teilweise mit Restriktionen, auf der IT-Plattform des Bundesanzeigers einlesen. Mit den niedrigsten Veröffentlichungsentgelten belegt sind Abschlüsse im XML- bzw. XBRL-Format, einem internationalen Standard für das elektronische Reporting.

Anfangsprobleme

Viele Steuerberater bieten die Einreichung beim Bundesregister als Dienstleistung an. So auch Voß, der seinen Mandanten rät, dieses gleich im Anschluss an die Abschlusserstellung erledigen zu lassen. „Zu diesem Zeitpunkt haben wir ohnehin alle Informationen auf dem Tisch. Da ist es sinnvoll, unmittelbar anschließend die Offenlegungsbilanz zu erstellen und einzureichen. Einen Abschluss hochzuladen und alle zugehörigen Angaben zu erfassen, dauert etwa 15 Minuten", berichtet Voß. Auf den ersten Blick erschien dieser digitale Postweg also nicht nur sicher, sondern auch effizient. Allerdings zeigten sich nach einer Weile unvermutete Probleme: Voß wurde aufgefordert, bestimmte Formatierungen in den Dateien zu ändern und die Dokumente erneut einzureichen. „Es wurden Angaben verlangt, zu denen kleinere Unternehmen gar nicht verpflichtet sind, denn diese müssen unter anderem keine Angaben zu den Umsätzen machen."

Steuerberater Voß suchte daher einen Weg, die Abschlüsse unabhängig von Formatierungsfragen und Zusatzangaben einzureichen. Er entschied sich für die DATEV-Lösung: Mittels einer neuen Funktion im Rechnungswesen-Programm des Nürnberger IT-Dienstleisters bereitet Voß nun die Abschlüsse zur Veröffentlichung auf und versendet sie via DATEV-Rechenzentrum zum Bundesanzeiger nach Köln. Dabei berücksichtigt die Software größenabhängige Erleichterungen, nach denen beispielsweise kleine Unternehmen auf das Einreichen einer Gewinn- und Verlustrechnung verzichten können. Auch beim Datenversand ist für höchste Sicherheit gesorgt: Der Dateneingang bei der DATEV ist mit einer Authentifizierungsprüfung verknüpft und die Übertragung zum Bundesanzeiger mittels Verschlüsselung gesichert.

JUNG v. MATT

Ihr Unternehmen soll wachsen? Wir helfen Ihnen dabei.

Wir sorgen für Aufwind im Mittelstand: Mit ganzheitlichen Finanzierungs- und Beratungslösungen von Existenzgründung, über Expansion auch ins Ausland, bis hin zur Nachfolgeregelung. Infos in Ihrem Sparkassen-Firmenkunden-Center und unter www.sparkasse.de. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**

Public Private Partnership

Öffentliche Hand greift selten zu

Für ihre Infrastrukturprojekte nutzen Kommunen, Länder und der Bund zu selten die Unterstützung von Unternehmen. Nur vier Prozent ihrer Investitionen stemmt die öffentliche Hand gemeinsam mit Firmen in sogenannten Public Private Partnerships (PPP). Zum Teil fehlt der Mut, sich auf eine solche langfristige Kooperation einzulassen. Aber auch die Gesetzeslage behindert manch neues Projekt.

Ob Autobahnbau oder Schulsanierung: Die meisten öffentlichen Aufträge erledigen seit jeher private Unternehmer mit entsprechender Erfahrung. Public Private Partnerships (PPP) oder zu Deutsch öffentlich-private Partnerschaften gehen darüber weit hinaus. Sie stehen für eine viel engere Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Trägern, die den Betrieb der Projekte oft mit einschließt. Lediglich etwa drei Milliarden Euro wurden in Deutschland bislang in solche Kooperationen investiert. Dies hat das Institut für Urbanistik auf Basis einer weit gefassten Definition berechnet. Hochbauprojekte packen private und öffentliche Hand allerdings immer öfter gemeinsam an. Mit 660 Millionen Euro liegen die Investitionen in diesem Jahr mehr als zehnmal höher als in den Jahren 2002 und 2003 zusammen. Damals nahmen öffentlich-private Partnerschaften zwei Bauten in Angriff, derzeit sind es 17.

Von einem Boom kann dennoch nicht die Rede sein. Denn PPP-Modelle haben sich in Deutschland noch nicht durchgesetzt. Nur etwa vier Prozent ihrer Infrastrukturmaßnahmen stemmt die öffentliche Hand bislang gemeinsam mit Firmen, schätzt das Bundesfinanzministerium. Selbst positive Erfahrungen aus ersten Projekten scheinen nicht zu überzeugen: In Nordrhein-Westfalen sparten Kommunen bei solchen Kooperationen bis zu ein Fünftel der Kosten, die sonst im Alleingang angefallen wären.

Im Vergleich zum Mutterland des PPP gibt es noch Luft: Das britische Finanzministerium schätzt den Vorteil der Zusammenarbeit sogar auf bis zu 25 Prozent. Im Vereinigten Königreich werden schon seit längerem jährlich etwa fünf Milliarden Euro in PPP-Projekte investiert. Gesetzliche Rahmenbedingungen dafür gibt es auf der Insel schließlich seit 1992. In Deutschland dagegen sind öffentlich-private Partnerschaften erst seit sechs Jahren auf der Agenda. Das ist aber nur einer der Gründe, warum sie sich hierzulande bislang nicht durchgesetzt haben.

Steuerliche Diskriminierung

Wenn private Partner Dienstleistungen einbringen, also z.B. staatliche Gebäude warten oder planen, müssen sie hierfür Mehrwertsteuer berechnen. Das ist ein entscheidender Nachteil gegenüber der öffentlichen Hand, die von dieser Abgabe befreit ist. Unter Umständen kommen PPP-Projekte deshalb gar nicht erst zustande – nämlich dann, wenn sie durch die Umsatzsteuer teurer werden als rein staatlich finanzierte Varianten. Dies liegt an einer gesetzlichen Vorgabe: Unternehmen dürfen nur einsteigen, wenn sie in einer Wirtschaftlichkeitsrechnung nachweisen, dass sie günstiger arbeiten als die öffentliche Hand. Durch die Mehrwertsteuererhöhung Anfang dieses Jahres hat sich das Problem noch verschärft.

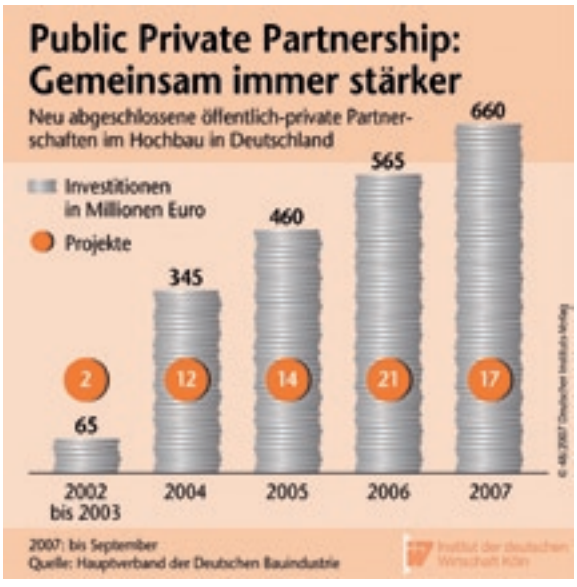
Finanzierungsstrukturen unzureichend

Der deutsche PPP-Markt ist kleinteilig. Etwa 55 Prozent der öffentlichen Bruttoinvestitionen in die Infrastruktur in Deutschland stammen von Städten und Kommunen. Sie kommen für viele, aber kleine Maßnahmen auf. Während öffentlich-private Partnerschaften des Bundes oder der Länder mit Firmen im Schnitt ein Volumen von 68 Millionen Euro haben, entfallen auf Bauten unter kommunaler Regie 13 Millionen Euro. Dem Gros der potenziellen öffentlich-privaten Partnerschaften hierzulande – zwischen Kommunen und mittelständischen Unternehmen – entgeht dadurch die Chance auf externes Kapital. Dabei bräuchten gerade kleinere Firmen ohne ausreichendes Eigenkapital alternative Mittel, um in PPP-Maßnahmen einzusteigen.

Fehlende Akzeptanz

Dass die öffentliche Hand selten Unterstützung von Unternehmen sucht, liegt auch an der Skepsis der Politiker und Verwaltungen gegenüber solchen Kooperationen. Kommunen denken über öffentlich-private Partnerschaften vor allem dann nach, wenn der Haushalt klamm ist. Solange genügend Geld da ist, bevorzugen Städte und Gemeinden den Eigenbetrieb. Dabei ließe sich durch PPP-Modelle, wie beim Bau eines Bildungszentrums in Frankfurt am Main, bis zu einem Viertel der Kosten einsparen. Viele Bürger stehen solchen Projekten ebenfalls kritisch gegenüber, hat eine Forsa-Umfrage im Jahr 2006 ergeben. Von denjenigen, die mit dem Begriff Public Private Partnership etwas anfangen konnten, hielt ein gutes Drittel das Konzept generell für falsch. Offenbar glauben viele Bürger nicht, dass eine Kooperation dem Staat Geld spart, den Unternehmen aber zugleich Gewinne einbringt. Durchsetzen wird sich der PPP-Gedanke wohl nur, wenn Firmen und Politiker auf noch mehr erfolgreiche Projekte verweisen können.

Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft



Wer einen zusätzlichen Ausbildungsplatz für förderungsberechtigte junge Menschen schafft, kann mit 4.000 Euro oder mehr vom Staat rechnen. Damit entstehen nicht nur neue Chancen für Ausbildungssuchende, sondern auch für das eigene Unternehmen. Denn im Laufe der Ausbildung werden aus Azubis kompetente Fachkräfte. Wer also auch in Zukunft noch viel schaffen will, schafft jetzt neue Ausbildungsplätze. Infos unter: www.bmas.de oder 0 18 05 / 67 67 18*. *Kostenpflichtig. 14 Ct/Min. aus dem deutschen Festnetz, abweichende Preise aus den Mobilfunknetzen möglich.

Für ein lebenswertes Land.

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

PRIVATE EQUITY

Neue Chancen für den Mittelstand

Die Suche nach Eigenkapital, einhergehend mit einer Reduzierung der Fremdfinanzierung durch Banken – eines der drängendsten Probleme im deutschen Mittelstand. Ist die Privat Equity-Finanzierung der Ausweg?

Das Traditionsunternehmen Schütz Dental im hessischen Rosbach stand vor einer richtungweisenden Veränderung: Eigentümer Horst Schütz hatte sich nach 42 Jahren im Unternehmen entschlossen, sich aus dem operativen Geschäft zurückzuziehen. Damit aber war zugleich klar, dass es eine familiäre Lösung des Nachfolgeproblems nicht geben würde. An die Konkurrenz verkaufen wollte man nicht, und so kam es zu einem Verkauf des Unternehmens an das bis dahin agierende Management (MBO). Da aber die beiden Manager die Finanzierung allein nicht stemmen konnten, holten sie sich als Geldgeber die Bayern LB Private Equity ins Boot, eine auf mittelständische Beteiligungen spezialisierte Tochter der Bayerischen Landesbank. Daneben blieb Firmengründer Schütz Miteigentümer. Die neuen Investoren begleiten mit Wissen und Erfahrung am Beteiligungsmarkt das Unternehmen und setzen voll auf Wachstum. 150 Mitarbeiter erwirtschaften einen Umsatz von 30 Mio. Euro.

Positives Beispiel

Schütz Dental ist sicher ein überaus positives Beispiel für das Zusammenwirken eines mittelständischen Betriebs mit einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft. Letztere haben in Deutschland keinen leichten Stand, weil privates Kapital in Unternehmen längst nicht so gefragt und so selbstverständlich ist wie in nahezu allen anderen Ländern Europas. Und die vom „neuen“ SPD-Vorsitzenden vor Jahren angezettelte und völlig überzogene „Heuschrecken“-Kampagne tat ihr Übriges.

Dabei haben Private Equity-Investoren allein ein Ziel: Sie wollen Unternehmen besser und wettbewerbsfähiger und damit wertvoller machen, um dadurch die Verzinsung ihres eingesetzten Kapitals zu erhöhen. Auf der Unternehmensseite ist das frische Kapital, das wie Eigenkapital gewertet wird, überaus willkommen. Mit dem Einstieg der Investoren eröffnen sich in aller Regel neue Möglichkeiten: Erschließung neuer Märkte, Entwicklung neuer Produkte oder Akquisition von Wettbewerbsunternehmen. Mit dem Kapital kommt häufig auch frisches Know-how ins Unternehmen: Die Investoren sind in aller Regel erfahrene Manager, Unternehmer, Berater und Juristen.

Hartnäckiges Vorurteil

Die PE-Leute werden nicht müde zu betonen, dass ihre Engagements langfristig, auf zehn bis zwölf Jahre, ausgerichtet sind. Allzu sehr haben sich die Schlagzeilen der letzten Jahre in den Köpfen der Unternehmer festgesetzt, nach denen die privaten Fonds Unternehmen aufkaufen, ausschlachten und die verwertbaren Teile binnen Kurzem mit Gewinn veräußern. Ein Vorurteil, gewiss, das aber leider immer wieder neue Nahrung erhält. Erinnert sei an den Aufkauf von Immobilienkrediten und an den nachfolgenden mitunter ruppigen Umgang mit den Schuldnern. Die interessierte Öffentlichkeit und vor allem der Mittelstand werden auch das weitere Schicksal der Mittelstandsbank IKB nach dem zu einem Schleuderpreis erfolgten Verkauf an den amerikanischen Investor Lone Star aufmerksam verfolgen.

G.K.

PRIVATE EQUITY

Private Equity ist der englische Begriff für das Beteiligungskapital überwiegend institutioneller Anleger, das in nicht börslich gehandelte Unternehmen investiert wird. PE-Fonds kaufen Anteile von Unternehmen, von denen sie glauben, dass diese in Zukunft an Wert gewinnen. Das können Familienunternehmen, Konzerntöchter, kleine Start-ups und andere mehr sein.

Die Private Equity-Gesellschaften in Deutschland finanzieren in erster Linie kleine und mittlere Unternehmen. Mehr als 80 Prozent der durch Private Equity finanzierten Unternehmen in unserem Land haben weniger als 100 Beschäftigte und einen Umsatz von weniger als zehn Millionen Euro.

Das Investitionsvolumen von Private Equity-Gesellschaften in 1.078 deutsche Unternehmen betrug 2007 4,1 Mrd. Euro. Insgesamt sind in Deutschland 6.200 Unternehmen Private Equity finanziert. In ihnen sind 1,1 Millionen Arbeitnehmer beschäftigt, sie erwirtschaften einen Umsatz von ca. 200 Mio. Euro pro Jahr.

DAS INTERVIEW

„Wir schließen die Lücke, die die Banken hinterlassen“

Private Equity wird in Deutschland zu einer Finanzierungsgröße

Deutschland ist im internationalen Vergleich in Sachen Private Equity-Finanzierung ein Entwicklungsland. Wie erklären Sie sich diesen Rückstand?

Dörte Höppner: Das liegt zum einen daran, dass die Unternehmensfinanzierungen in Deutschland traditionell stark durch die Kreditinstitute geprägt waren. Dies zeigt sich an den geringen Eigenkapitalquoten der Unternehmen. Bei KMU liegt diese Quote heute bei etwa 15 Prozent, bei allen Unternehmen zusammengenommen kommt man vielleicht auf 20 Prozent. Die Hausbanken übten traditionell die Rolle des „aktiven Investors“ aus, was auch wichtig war für die Entwicklung der Unternehmen. Ein stärkerer internationaler Wettbewerb und Basel II zwingen die Banken aber zu einer größeren Risikoorientierung bei der Kreditvergabe mit der Folge, dass die direkte Finanzierung über Banken an ihre Grenzen stößt.

Ein weiterer Grund für die bisher geringere Bedeutung von Private Equity in Deutschland ist die Tatsache, dass wir keine kapitalgedeckte Altersvorsorge haben. Wenn Sie sich die angelsächsischen Länder anschauen, so gibt es dort Versicherungen und Pensionskassen, die immer das ganze Geld, das sie eingenommen haben von ihren Anlegern, renditeorientiert anlegen mussten – unter anderem in Private Equity-Fonds.

Private Equity ist in Deutschland also noch relativ jung, wird aber in Zukunft eine stärkere Rolle spielen.

Stichwort Eigenkapitalquote: Liegt die Ursache dafür nicht auch in den steuerlichen Gegebenheiten in Deutschland?

Höppner: Sicherlich, steuerlich rechnete es sich, wenn man eine hohe Fremdkapitalquote hatte. Deswegen war es für die Unternehmen klar: Man hatte seine Hausbank, man hatte seine feste Finanzierung, es hat sich steuerlich gerechnet – bloß das geht heutzutage aus den anfangs geschilderten Gründen nicht mehr. Deswegen wird Private Equity künftig gerade für den deutschen Mittelstand viel wichtiger. Das sehen wir auch an der Nachfrage. Unsere Mitglieder haben im letzten Jahr 38.000 Anfragen bekommen, vom Start-up bis zum größeren mittelständischen Unternehmen.

Private Equity kann tatsächlich diese Lücke, die die Banken hinterlassen haben, die des aktiven Investors, der sich tatsächlich um das Unternehmen kümmert, sehr gut füllen.

.... aktiver Investor, das ist natürlich etwas, das der Mittelständler so fürchtet wie der Teufel das Weihwasser ...

Höppner: Es gibt ja unterschiedliche Ausprägungen der Beteiligungen. So auch Minderheitsbeteiligungen, die vor allem von Familienunternehmen nachgefragt werden, weil die Eigentümer nach wie vor das Sagen haben wollen, aber durchaus zu schätzen wissen, dass sie einen anderen aktiven Gesellschafter in ihrem Aufsichtsrat haben, der ihnen mit Rat und Tat zur Seite steht.

DÖRTE HÖPPNER

Unsere Interviewpartnerin Dörte Höppner ist Geschäftsführerin des in Berlin ansässigen Bundesverbandes Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften (BVK). Der Verband hat zur Zeit über 200 ordentliche und weitere 100 assoziierte Mitglieder. Sein Hauptziel ist die Schaffung bestmöglicher Rahmenbedingungen für Beteiligungskapital in Deutschland.

Info: www.bvkap.de

Sie haben sich zum Ziel gesetzt, “steuerliche und gesellschaftspolitische Behinderungen für Beteiligungskapital” abzubauen. Welche Behinderungen sind das?

Höppner: Wir haben in Deutschland zur Zeit keine international wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen für Private Equity. Die Fonds haben es hier viel schwerer als im Ausland. Wir wollen eine Gleichbehandlung mit anderen Fonds, also Wertpapier oder Immobilienfonds, auch in steuerrechtlicher Hinsicht. Es geht uns nicht um Steuergeschenke oder Subventionen. Aber wenn deutsche Unternehmen mit heimischen Kapital und viel Know-how versorgt werden sollen, brauchen wir endlich ein klares Private Equity-Gesetz für die Branche.

Worauf führen Sie die mangelnde Akzeptanz der PE-Finanzierung in Deutschland zurück?

Höppner: Die Heuschrecken-Debatte hat sicherlich das Schlaglicht auf die Branche geworfen. Die Debatte sich jedoch inzwischen sehr stark versachlicht. Gerade die mittelständischen Unternehmen haben gesehen, dass Private Equity für sie eine Chance sein kann, weil sie z.T. auch wegen Basel II massive Finanzierungsschwierigkeiten haben.

Wie fördert denn Ihr Verband das Verständnis für die Tätigkeit von Kapitalbeteiligungsgesellschaften im deutschen Mittelstand?

Höppner: Indem wir möglichst viele Informationen über diese Finanzierungsform zur Verfügung stellen. Wir zeigen die klassischen Finanzierungsanlässe auf, wie Nachfolgeregelungen oder Wachstumsfinanzierungen. Es gibt Minderheits- und Mehrheitsbeteiligungen, das Angebot ist sehr breit. Wir wollen auch die vielen, vielen positiven Beispiele von Private Equity-finanzierten Unternehmen aufgreifen und anderen Unternehmen zugänglich machen. *G. K.*

Ihre 5-Sterne Business-

Das RatePoint Site-Siegel zeigt Ihren Besuchern auf den ersten Blick, dass das Thema Kundenzufriedenheit bei Ihnen groß geschrieben wird. Per Mausklick auf das RatePoint Site-Siegel können Ihre Besucher chronologisch sortierte Bewertungen lesen und eigene schreiben.

AKTION!

Gerade kleinen und mittleren Unternehmen bietet das Internet enorme Chancen, denn es macht ihr Angebot Millionen Menschen zugänglich. Aber gerade im Internet sind Image und Vertrauen eine wichtige Basis für den Erfolg. Doch wie lässt sich ein guter Ruf im weltweiten Web schnell und kostengünstig aufbauen? Ganz einfach: Lassen Sie Ihre zufriedenen Kunden Feedback geben – und publizieren Sie dieses auf Ihrer Website.

Jeder kennt die 5-Sterne-Bewertungen großer Websites wie Amazon und eBay. So können auch Sie sich schnell und einfach mit guten Bewertungen einen guten Namen machen: Alle 1&1 WebHosting Pakete für Firmen gibt's jetzt inklusive RatePoint. Mit diesen hochwertigen Kunden-Feedback-Tools von einem der weltweit führenden Anbieter schaffen Sie ganz einfach die Basis für gute Kundenkontakte und gute Geschäfte!

Mit guten Empfehlungen werden Sie viele neue Kunden für Ihr Angebot begeistern. Und sollten Sie ausnahmsweise einmal eine schlechte Bewertung erhalten, ist das kein Problem: Über ein spezielles Kontakt-Tool können Sie auf Kritik antworten und Unstimmigkeiten direkt beheben, bevor sie öffentlich einzusehen sind.

Also, worauf warten Sie noch? Starten Sie jetzt Ihre 5-Sterne-Business-Website!

1&1 zählt mit mehr als 5 Millionen gehosteten Websites zu den größten Webhostern weltweit. Es gibt viele gute Gründe für das Vertrauen unserer Kunden: Höchste Datensicherheit kombiniert mit innovativer Technik in eigenen Hochleistungsrechenzentren, motivierte und kompetente Mitarbeiter, wertvolle Inklusive-Features bis hin zu einfacher Bedienung und individuellem Support.

Website von 1&1

Zufriedene Kunden sind Ihre beste Werbung!

RatePoint℠
Ein guter Ruf geht über alles!

RatePoint inklusive: Jahr für Jahr rund 120 € sparen!*

Spar-Angebot nur noch bis 31.10.2008

1&1 HOMEPAGE BUSINESS

- **3 Domains inklusive** (.de, .at, .com, .net, .org, .name, .info, .biz, .eu)
- **2 GB Webspace**
- **150.000 MB Traffic**
- **500 E-Mail-Postfächer**
- **2 GB je Postfach!**
- 500 Subdomains
- 1&1 Homepage-Baukasten (40 Seiten je Inkl.-Domain)
- 5 MySQL-Datenbanken
- **Macromedia® Dreamweaver® 8**
- **RatePoint** AKTION!
- 5 FTP-Zugänge
- 1&1 Anti-SPAM
- 1&1 Anti-Phishing-Filter
- SSL-Verschlüsselung
- 1&1 SSL-Zertifikat
- 1&1 Content-Module
- 1&1 Blog
- Mailinglisten, 1&1 Newsletter-Tool
- 1&1 Easy Shop: Ihr eigener Internet-Shop mit bis zu 10 Artikeln
- 1&1 WebStatistik
- PHP, Perl, Python
- Adobe® Photoshop® Elements 5.0
- 24-h-Hotline, 7 Tage/Woche**
- Kompetenter E-Mail-Support
- Und vieles mehr ....

*

nur € 14,99 pro Monat*

ZUSÄTZLICHE DOMAINS:

.biz
.de

0,– €/Monat* im 1. Jahr!

Nur noch bis 31.10.2008

* Regulärer Preis für Ratepoint (9,99 €/Monat) entfällt für die komplette Vertragsdauer Ihres neuen 1&1 Homepage Business Pakets (14,99 €/Monat). Einmalige Einrichtungsgebühr 14,90 €. Mindestvertragslaufzeit 6 Monate. Software wird in anderer Verpackung geliefert. Dreamweaver nicht upgradefähig und ohne Homesite. Versandkosten in Höhe von 6,– € fallen nur bei Softwarebestellung an.

1&1 Domain mit .biz Domain 0,– €/Monat im ersten Jahr, danach 1,99 €/Monat. Einmalige Einrichtungsgebühr 9,60 €. Mindestvertragslaufzeit 24 Monate. Alle Preise inkl. MwSt.

MEMBER OF united internet

Beratung und Bestellung:

0180 5 001 535 ** 14 ct/Min. dt. Festnetz Mobilfunkpreise ggf. abweichend

www.1und1.info

1&1

Foto: Pitopia

Geldanlage

Warum Frauen doch besser mit Geld umgehen

Obwohl Frauen erwiesenermaßen die besseren Finanzverwalter und Vermögensberater sind, haben in vielen mittelständischen Betrieben nach wie vor die (Ehe-) Männer das Sagen.

Es ist schon erstaunlich: Etwa Dreiviertel des für den privaten Verbrauch verwendeten Bruttosozialprodukts geht durch Frauenhände, doch beständig hält sich das (männliche) Vorurteil, Frauen könnten nicht mit Geld umgehen. Dabei belegen zahlreiche Studien, dass sie auch bei Kapitalanlagen deutlich erfolgreicher sind als das so genannte starke Geschlecht. Alexandra Niessen von der Universität Köln nennt den Grund: „Weibliche Anleger investieren konstanter, sicherheitsorientierter und risikobewusster." Mit dem Ergebnis einer im Durchschnitt fast zehn Prozent besseren Wertentwicklung.

Auch bei professionellen Vermögensverwaltern zeigen sich die Unterschiede. Männliche Fondsmanager tauschen häufiger die Wertpapiere in den betreuten Depots aus als ihre Kolleginnen. Dabei lautet eine alte Börsenweisheit: „Hin und her macht die Taschen leer." Denn jede Transaktion kostet Gebühren und schmälert den Gewinn. US-Forscher haben ausgerechnet: Unterm Strich verlieren die Männer auf diese Weise 2,65 Prozent ihrer Nettoerträge.

Frauen entwickeln Strategien

Eine Studie des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) belegt, dass den Bundesbürgern immer weniger Geld für den Vermögensaufbau bleibt. „Die Netto-Reallöhne sind in den letzten zehn Jahren von 1996 bis 2006 um 0,7 Prozent gesunken", weiß DSGV-Präsident Heinrich Haasis und führt als Vergleich die Dekade von 1950 bis 1960 an mit einem Plus von 67 Prozent. Dennoch ist die aktuelle Sparquote erneut deutlich über zehn Prozent geklettert. Wiederum sind es die Frauen, die am ehesten den Überblick über die monatlichen Einkünfte und Ausgaben behalten. Nicht von ungefähr machen die Schwaben ihrem Ruf als Sparer der Nation alle Ehre, denn in jedem vierten Haushalt wird über alle Details akribisch Buch geführt.

Was am Monatsende übrigbleibt, landet zwar oft auf dem nur gering verzinsten Sparbuch, doch mitunter wird es auch nur als Parkstation genutzt. Gerade Frauen entwickeln häufig eine eigene Strategie der Geldanlage. So hat sich beispielsweise der Anteil weiblicher Neukun-

den bei der Comdirect Bank von 16 Prozent im Jahr 1995 inzwischen fast verdreifacht. Und immer mehr Frauen treffen sich in den Investmentclubs, um sich über die Börse zu informieren und die Gelegenheit zu nutzen, auch mit kleinen Beträgen in die Aktienanlage einzusteigen.

Erstaunliche Zürückhaltung

Frauen informierten sich umfassender, fragten hartnäckig nach und überlegten ihre Entscheidungen gründlicher, weiß Heide Härtel-Herrmann, die seit 20 Jahren ihre vornehmlich weibliche Klientel in Finanzfragen berät: „Das kommt dann den Ergebnissen zugute." Männer täten also gut daran, auf den Rat solcher Frauen zu hören.

Ihr wachsendes Interesse an der profitablen Geldanlage wird auch in den Kreditinstituten zunehmend registriert, kann aber gleichwohl noch nicht verallgemeinert werden. „Es ist erstaunlich, wie sehr sich Frauen immer noch auf ihre Männer verlassen, wenn es um die Finanzen geht", wundert sich die Beraterin Barbara Rojahn. Und da machten auch die Partnerinnen mittelständischer Unternehmer keine Ausnahme, selbst wenn sie sich regelmäßig um die Rechnungen des Familienbetriebs kümmerten.

Mit ernsten Folgen: „Die Altersvorsorge fällt regelmäßig zu gering aus. Viele Frauen verfügen später nur über ein sehr geringes eigenes Einkommen", sagt Rojahn. Trennen sich dann die Eheleute oder stirbt der Mann zuerst, ist der gewohnte Lebensstandard kaum zu halten. „Trainieren Sie die Witwe in spe in Gelddingen", rät Joachim Schwer von der „Alte Hasen GmbH" in Frankfurt/Main jedem Senior-Chef, der zu ihm kommt.

„Der Chauvi im Nadelstreifen ist nicht die Sache jeder Frau", erkannte ein Vorstand der Kölner Bank von 1867 schon vor 20 Jahren und stellte die erste Frauenberaterin ein. Vor allem in Kreditfragen ging sie einfühlsamer auf die Belange ihrer weiblichen Klientel ein. Inzwischen hat eine repräsentative Emnid-Umfrage im Auftrag des Finanzdienstleisters BHW ergeben, dass 44 Prozent der Deutschen Frauen für die besseren Finanzberater halten.

hw

PROVISION ODER HONORAR

Wenn sich die Vorstellungen vom Ertrag einer Geldanlage nicht erfüllen, dann ist der Schuldige schnell gefunden: Der Kundenbetreuer hat die falschen Finanzprodukte empfohlen.

Wenn der Berater jedoch nach dem einstündigen Gespräch 200 Euro in Rechnung stellt, wird das in aller Regel als Unverschämtheit empfunden. Denn Anlageberatung wird hierzulande von Banken und Sparkassen, aber auch von freiberuflich tätigen Vertriebspartnern, durchweg kostenlos erteilt. Diese Dienstleistung finanzieren die Produktanbieter über Provisionszahlungen, vornehmlich Versicherungen oder Investmentgesellschaften. Da liegt es manchmal nahe, dass dem Kunden nicht unbedingt der beste Fonds empfohlen wird, sondern jener mit einer hohen Vergütungsrate. Und: Die Mitarbeiter haben die Vorgabe, hauseigene Produkte bevorzugt anzubieten.

Reine Honorarberatungen sind dagegen in Deutschland noch die Ausnahme. Vielleicht ändert das neue Gesetz zur Anlageberatung auch die Einstellung der Kunden. Denn sie können verlangen, dass die Vertriebskosten der empfohlenen Produkte offen gelegt werden. Zum Beispiel 4.000 oder 5.000 Euro Vermittlungsprovision für eine Versicherungspolice über 100.000 Euro oder eine gleich hohe Investmentanlage. Korrekte Honorarberater finden Möglichkeiten, dass solche Beträge erst gar nicht anfallen oder aber sie vergüten ihren Kunden das Geld.

DIE BESTEN FONDS-PICKER IN DEUTSCHLAND

170 Fondsvermögensverwalter haben sich an der Umfrage des Wirtschaftsmagazins „impulse" beteiligt. In den drei Anlagekategorien „konservativ" und „ausgewogen" sowie „offensiv" ist der Fünf-Jahres-Vergleich zweifellos die wichtigste Messlatte. Eine Garantie für die Zukunft, stets die besten Fonds auszuwählen, ist er indes nicht. So hat beispielsweise die Artus Direct Invest AG mit dem besten Durchschnittswert von 19,44 Prozent bei den offensiv gemanagten Fonds im vergangenen Jahr nur noch ein Plus von 0,5 Prozent erwirtschaftet, während die Proinvest Beratung (0911-9 19 96-0) im gleichen Zeitraum satte 20 Prozent vorlegte. Eine Auswahl aus der Hitliste:

Anlagestrategie: konservativ

Verwalter/ Kontakt	Mindestanlage/ lfd. Gebühren	Wertentwicklung 2003	2004	2005	2006	2007	Durchschnitt
Artus Direct Invest 0211-54 06 66-0	50.000 € 0,83 %	19,30	11,68	12,80	7,61	3,00	**10,87 %**
SEB AG 069-2 58-54 55	125.000 € 1,0-1,5 %	7,80	6,98	11,33	8,10	5,74	**7,99 %**
Packenius Mademann 0211-8 67 99-0	125.000 1,19 %	9,80	7,80	10,90	8,95	2,04	**7,89 %**

Anlagestrategie: ausgewogen

Artus Direct Invest 0211-54 06 66-0	100.000 € 1,19 %	28,66	14,05	16,05	9,63	3,63	**14,40 %**
Packenius Mademann 0211-8 67 99-0	125.000 1,19 %	15,70	12,60	19,10	15,98	1,98	**13,07 %**
Unikat Vermögensverw. 0621-4 31 61-22	25.000 € 1,25 %	18,40	8,30	19,70	7,40	6,30	**12,02 %**

Anlagestrategie: offensiv

Artus Direct Invest 0211-54 06 66-0	100.000 € 1,19 %	51,94	16,46	17,86	10,43	0,50	**19,44 %**
SEB AG 069-2 58-54 55	125.000 1,0 -1,5 %	18,37	16,71	30,09	16,00	6,03	**17,44 %**
Packenius Mademann 0211-8 67 99-0	125.000 € 1,19 %	20,50	16,70	25,20	19,60	2,84	**16,97 %**

Jetzt handeln und möglichst lange der Abgeltungsteuer entkommen

Ab 1. Januar 2009 dürfen sich Anleger keineswegs angesichts der Abgeltungsteuer auf die faule Haut legen – vielmehr ist jetzt Handeln gefragt.

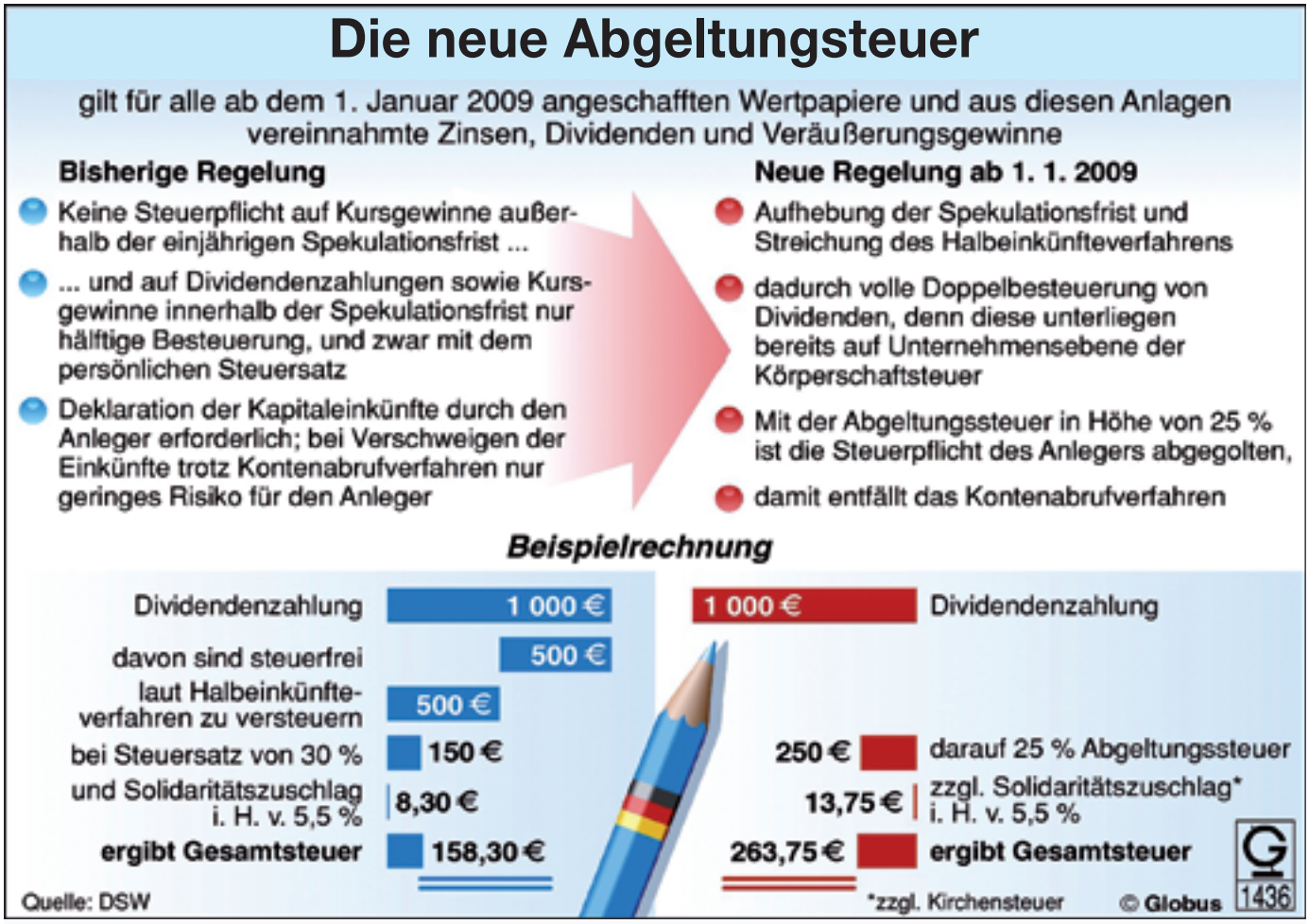
Die 2009 eingeführte Abgeltungsteuer bricht radikal mit dem bestehenden Steuersystem. Denn bei Kapitalerträgen – ob Zinsen, Dividenden oder Kursgewinnen – sind nicht mehr die Gesamteinkünfte für den persönlichen Steuersatz entscheidend, sondern alle Geldanlagen der Bürger werden gleich besteuert. Für Einkünfte aus Kapitalvermögen gilt künftig derselbe Satz: 25 Prozent Abgeltungsteuer plus Solidaritätszuschlag plus möglicherweise Kirchensteuer. Da können bis zu 28 Prozent zusammenkommen. Und: Das Sparbuch des Rentners ist ebenso betroffen wie das Wertpapierdepot eines geschäftsführenden Gesellschafters. Nur der Sparerfreibetrag von 801 Euro pro Person bleibt steuerfrei.

„Es ist eine der größten Steuererhöhungen, die eine Regierung je in ein Gesetz gegossen hat", monierte die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW). Und damit der Fiskus auf jeden Fall an sein Geld kommt, lässt er die Steuerschuld gleich von den Geldinstituten an die Finanzämter abführen. In der Einkommensteuererklärung für 2009 sollte diese Position eigentlich erstmals gar nicht mehr auftauchen. Gäbe es da nicht eine Übergangsregelung.

Stichtag 31. Dezember

Denn: Für alle Wertpapiere, die zum 31. Dezember 2008 im Besitz der Sparer waren, gilt bei einem späteren Verkauf noch das alte Recht. Selbst wenn sie erst wenige Tage vor Silvester erworben und vielleicht irgendwann 2015 veräußert werden. Von dieser Ausnahmebestimmung profitieren vor allem Aktien und die darin engagierten Investmentfonds.

So sorgen die Kursgewinne der börsennotierten Titel in aller Regel für den größten Teil der Rendite. Wer die Papiere länger als ein Jahr behält, konnte bislang diesen Ertrag beim Verkauf steuerfrei vereinnahmen. Das bleibt auch so für alle Bestände, die auf dem Depotauszug am Jahresende erfasst sind, und es gilt ebenso für entsprechende Wertentwicklungen bei der Fondsanlage.



Zum Jahresanfang 2009 müssen sich Wertpapierbesitzer auf die Abgeltungsteuer einrichten. Damit wird sich für die Mehrzahl der Aktionäre die Steuerlast auf Gewinnausschüttungen erhöhen. Mit diesem Termin entfällt das so genannte Halbeinkünfteverfahren, durch welches Dividendenzahlungen und Spekulationsgewinne nur zur Hälfte besteuert werden. Dividenden unterliegen nun der vollen Doppelbesteuerung. Bei Gewinnausschüttungen werden nämlich erst die Unternehmen mit der Körperschaftsteuer zur Kasse gebeten, danach hält der Fiskus beim Anleger noch einmal die Hand auf. Da zudem die einjährige Spekulationsfrist entfällt, unterliegen nun auch Kursgewinne voll der Abgeltungsteuer, egal in welchem Zeitraum sie anfallen. Für Aktiensparer hat diese Veränderung gravierende Auswirkungen: Steuerzahler mit einem individuellen Steuersatz von 30 Prozent müssen ab 2009 auf eine exemplarische Dividende von 1. 000 Euro 66 Prozent mehr Steuern entrichten als bislang; dazu kommt noch die Kirchensteuer. Anleger mit Steuersätzen unter 25 Prozent müssen gar mit einer Verdoppelung der Steuerlast rechnen. Ein Vorteil der neuen Regelung: Bislang zahlt nur, wer ordnungsgemäß die Kapitaleinkünfte in seiner Steuererklärung angibt. In Zukunft geht es hier weitaus gerechter zu, denn dann greift der Staat die Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinne an der Quelle ab: Bei der depotführenden Bank oder Fondsgesellschaft.

„Besser 25 Prozent von x, als 42 Prozent von nix", hatte der Finanzminister Peer Steinbrück die Einführung der Abgeltungsteuer begründet, die zudem alles einfacher machen und zumindest einen Teil des deutschen Steuer-Chaos beseitigen sollte. „Dem deutschen Geist entsprechend wurde sie mit so vielen Ausnahmen versehen, dass von der geplanten Vereinfachung nichts mehr übrig geblieben ist", hält Ulrich Hocker von der DSW-Schutzvereinigung dagegen. Als Beispiel nennt er die so genannte Günstigerprüfung. Liegt nämlich der persönliche Steuersatz unter 25 Prozent, ist es ratsam, alle Kapitalerträge in der Anlage KAP der Einkommensteuererklärung anzugeben. Die Differenz zu der bereits abgeführten Steuer wird dann vom Finanzamt erstattet.

Streng getrennte Verrechnung

Merkwürdig ist auch, dass zwar alle Arten von Kapitaleinkünften von 2009 an gleichmäßig besteuert werden, aber Kursverluste nur mit Aktiengewinnen verrechnet werden dürfen, nicht aber mit positiven Zinsgutschriften. Verluste aus den einzelnen Anlagesparten können deshalb lediglich getrennt in das Folgejahr übertragen werden. Die Verrechnung mit anderen Einkunftsarten ist nicht mehr möglich.

Für steuerfreie Erträge aus der zuletzt stark gefragten Anlage in Zertifikaten gilt nun nicht der 31. Dezember 2008 als Stichtag für alte Vergünsti-

gungen, sondern der 14. März 2007. Für Erträge von Auslandskonten oder auch für Gewinne aus dem Verkauf einer Lebensversicherung müssen weiterhin die Anlagen KAP, SO und AUS ausgefüllt werden.

Versicherung im Vorteil

Inzwischen hat die Finanzbranche vielfältige Anlagestrategien entwickelt, wie sich die negativen Folgen der Abgeltungsteuer möglichst lange vermeiden lassen. Die Assekuranz verweist gerne darauf, dass bei Kapitallebensversicherungen die Gewinne nur zur Hälfte besteuert werden. Allerdings muss die Police wenigstens zwölf Jahre lang bespart worden sein und der Versicherte bei der Auszahlung mindestens 60 Jahre alt sein, wenn er den Steuervorteil genießen will.

Banken und Sparkassen empfehlen zunehmend Dachfonds ihrer Gruppe. Das sind Investments, die Kundengelder statt direkt in Aktien oder Anleihen anzulegen lieber zu diesem Zweck andere Fonds aussuchen, um das Risiko einer falschen Entscheidung weiter zu minimieren. Nur: Viele Gebühren fallen bei diesem System doppelt an. Denn nicht nur der Manager des Dachfonds bekommt ein stattliches Gehalt, sondern auch alle Vermögensverwalter der von ihm ausgewählten Fonds. Ergebnis: Innerhalb von zwölf Monaten gelang es lediglich 45 der etwa 600 in Deutschland angebotenen Dachfonds eine positive Rendite zu erwirtschaften.

Besser sind Indexfonds, deren Zusammensetzung ziemlich exakt dem jeweiligen Börsenbarometer entspricht, also beispielsweise dem Deutschen Aktien-Index (Dax) oder dem europäischen Stoxx50. Da die Gebühren für diese Fondsart niedrig sind, machen die Kundenbetreuer dafür keine Reklame. Dabei gelingt den teuren „aktiv gemanagten Fonds" nur ganz selten, die Durchschnittswerte des jeweiligen Vergleichsindex zu übertreffen.

Immobilienfonds wieder gefragt

Zu den Gewinnern der veränderten Steuergesetzgebung zählen auch die offenen Immobilienfonds. Zwar müssen die jährlichen Ausschüttungen aus den Mieteinnahmen versteuert werden, nicht jedoch Gewinne aus dem Verkauf deutscher Objekte, die länger als zehn Jahre im Besitz des Fonds waren. Und dank der Doppelbesteuerungsabkommen sind im Ausland nur die dort stets niedrigeren Sätze maßgebend. Doch keine Panik – solche Investments kann man auch 2009 noch kaufen.

hw

KURSGEWINNE

Steuern und Freibeträge

Kritiker der neuen Abgeltungsteuer bemängeln den hohen Steuersatz bei einem vergleichsweise nur niedrigen Freibetrag.

Eine Übersicht:

Belgien	steuerfrei
Niederlande	steuerfrei
Österreich	steuerfrei
Schweiz	steuerfrei
Luxemburg nach 6 Monaten	steuerfrei
Portugal nach 12 Monaten	steuerfrei
Finnland	28 % 5.000 € steuerfrei
Frankreich	27 % 20.000 € steuerfrei
Deutschland	25 % 801 € steuerfrei
Großbritannien	pers. Steuersatz 8.800 Pfund steuerfrei
Italien	12,5 %
USA	10 - 15 %
Spanien	18 %
Schweden	30 %

Alles über das World Wide Web

Teil 2 unserer dreiteiligen Serie: Firmen-Homepage – die Visitenkarte im Netz

Im Rechenzentrum des Webhosters, **wie hier bei 1&1**, laufen alle Fäden zusammen.

Fast drei Viertel aller deutschen Firmen sind heute schon mit einer Homepage im World Wide Web vertreten. Und das aus gutem Grund: Im Internet lässt sich Geld verdienen. Der Branchenverband BITKOM rechnet bis 2009 alleine in Deutschland mit einem jährlichen Online-Umsatz von etwa 700 Milliarden Euro. Auch für kleine Unternehmen wird das WWW so immer spannender – und der erste Auftritt im „Netz" sollte entsprechend gut vorbereitet sein.

Webhosting heißt das Anbieten von Speicherplatz für Internet-Auftritte im Fachjargon. Dazu gehören eine Reihe von Dienstleistungen, die von den einschlägigen Providern – den Webhostern – bereit gestellt werden. An erster Stelle steht dabei die zukünftige „Adresse" der Online-Präsenz – die so genannte Domain. Internet-Adressen sind aus mindestens zwei Teilen aufgebaut, die von rechts nach links gelesen werden. Am rechten Ende steht die so genannte Top Level Domain, etwa .com oder .de. Unterschieden werden hier die Länder-Endungen (Country Code Top Level Domains oder ccTLDs) sowie die so genannten generischen Endungen. Darauf folgt der Teil, auf den es ankommt: Der eigentliche Name, die „Second Level Domain". Der dritte Teil ist optional – bei Homepages hat sich hier das berühmte WWW als Standard etabliert – so ist unter www.mitmagazin.com der Auftritt des MittelstandsMagazins zu finden, während die zugehörigen E-Mail-Adressen das „www." nicht benötigen. Dieser optionale Teil kann frei gewählt werden – wenn der Firma erst einmal die entsprechende Domain gehört: z.B. info@mitmagazin.com oder anzeigen@mitmagazin.com . In Deutschland hat sich die heimische Länder-Endung .de als Standard etabliert. Da jeder Domain-Name aber nur genau einmal existieren kann, sind hier viele attraktive Adressen schon vergeben. Von vorneherein für Firmen gedacht war die TLD .com (für englisch „commercial"), aber auch die meisten anderen generischen Endungen wie .org, .biz oder .info können mittlerweile frei angemeldet oder „registriert" werden. Spannend für Firmen, die auf der europäischen Ebene tätig sind, ist auch die noch relativ junge .eu-Domain.

Der Webhoster

Hier kommt nun der Webhoster ins Spiel: Für die Anmeldung von Internet-Adressen sind die so genannten Registrare verantwortlich. In Deutschland wird diese Rolle meist von den Hosting-Anbietern in Personalunion übernommen. So verwaltet etwa der europäische Webhosting-Platzhirsch 1&1 mehr als zehn Millionen Internet-Adressen für seine Kunden. Der Vorteil für die Anwender: Meist sind solche Komplettpakete aus Speicherplatz, Domain und weiteren Dienstleistungen günstiger als die einzelnen Komponenten. Außerdem übernimmt der Webhoster alle Formalitäten gegenüber der für die jeweilige Endung zuständigen Registrierungsstelle – und kümmert sich auch um die jährliche Verlängerung der Domain, damit diese nicht verloren geht. Wichtig: Ein Internetauftritt kann auch unter mehreren Adressen erreichbar sein, außerdem bieten sich für bestimmte Produkte eigene Domain-Namen an.

Den Web-Auftritt planen

Einen guten Überblick über die Anbieter auf dem deutschen Webhosting-Markt bietet das Fach-Portal webhostlist.de. Die meisten Provider bieten mehrere Standard-Pakete für gängige Arten und Größen von Web-Auftritten an. Deshalb sollte vor der Wahl von Provider und Paket zunächst eine intensive Planung stehen. Die erste Frage sollte sein: Was will ich mit meiner Homepage erreichen? Soll der Auftritt tatsächlich nur die Visitenkarte im Netz sein,

soll für verschiedene Produkte geworben werden, soll die Web-Seite zur Kommunikation mit Interessenten und Kunden dienen, sollen Produktinformationen zum Herunterladen angeboten werden, oder soll gar über einen eigenen Shop im Netz verkauft werden?

Von den Antworten auf diese Fragen hängt die Wahl des passenden Angebotes ab. Am Anfang steht die Wahl des Betriebssystems. Während auf Schreibtisch-PCs noch immer Windows den Ton angibt, laufen die allermeisten Web-Server unter Linux. Wer seinen Internet-Auftritt von einer Web-Agentur erstellen lässt, sollte dieser die Auswahl überlassen – vielleicht werden bestimmte Dienste benötigt, die nur unter dem einen oder anderen Betriebssystem zur Verfügung stehen. Ansonsten gibt es für den Anwender in der Nutzung kaum noch Unterschiede.

Wichtig: der Speicherplatz

An oberster Stelle in den Tabellen der Webhoster steht meist der Speicherplatz für den Online-Auftritt, der so genannte Webspace. Unter 500 Megabyte sind hier im professionellen Bereich kaum noch Angebote zu finden. Bei der Planung sollte man großzügig kalkulieren – schon am Anfang benötigen Web-Seiten und Grafiken ihren Platz, und oft wächst der Internet-Auftritt dann doch schneller als ursprünglich gedacht. Werden etwa Broschüren als PDF-Dateien auf der Webseite abgelegt, kommen schnell einige Megabyte zusammen. Und je größer der Speicherplatz ist, desto großzügiger sollte auch das im Tarif enthaltene Datenvolumen, der „Inklusivtraffic", bemessen sein. Denn je erfolgreicher und beliebter eine Homepage ist, je öfter sie also aufgerufen wird, desto mehr Daten werden auch übertragen – und die kosten den Provider Geld.

Für Firmen, die sich selbst um die eigene Visitenkarte kümmern möchten, sind dagegen so genannte Homepage-Baukästen spannend. Das sind Online-Programme, bei denen sich – ähnlich wie bei Textverarbeitungsprogrammen – aus fertigen Vorlagen des Providers sowie eigenen Bildern und Texten mit wenigen Mausklicks ansehnliche Internet-Seiten erstellen lassen. Außerdem gehören umfangreiche Software-Pakete zum Standard-Repertoire – damit lassen sich Bilder professionell fürs Web vorbereiten oder die Daten des eigenen Auftritts komfortabel auf den Server des Providers übertragen. Mit Website-Editoren wie Adobe Dreamweaver lassen sich Internet-Auftritte auch komplett „offline" am heimischen PC planen.

My home is my castle – der eigene Server

In der Regel teilen sich mehrere hundert oder tausend Kunden den Speicherplatz auf einem Rechner im Rechenzentrum des Providers. Dieses so genannte Shared Hosting macht erst die günstigen Preise der typischen Homepage-Pakete möglich und ist auch technisch kein Problem. Anders als ein Büro-PC benötigt ein Web-Server für seine typischen Aufgaben – das Versenden von Web-Seiten - nur wenig Rechenleistung. Werden dagegen Webseiten dynamisch aufgebaut oder laufen Skripte – kleine Programme, zum Beispiel zur automatischen Erzeugung von Grafiken – auf dem Server, steigt die Anforderung an die Rechenleistung. Wenn eine Homepage dann auch noch sehr viele Besucher anzieht, ist eventuell ein dedizierter Server eine gute Alternative. Das heißt nichts anderes, als dass für die eigene Web-Präsenz ein eigener Rechner zur Verfügung steht.

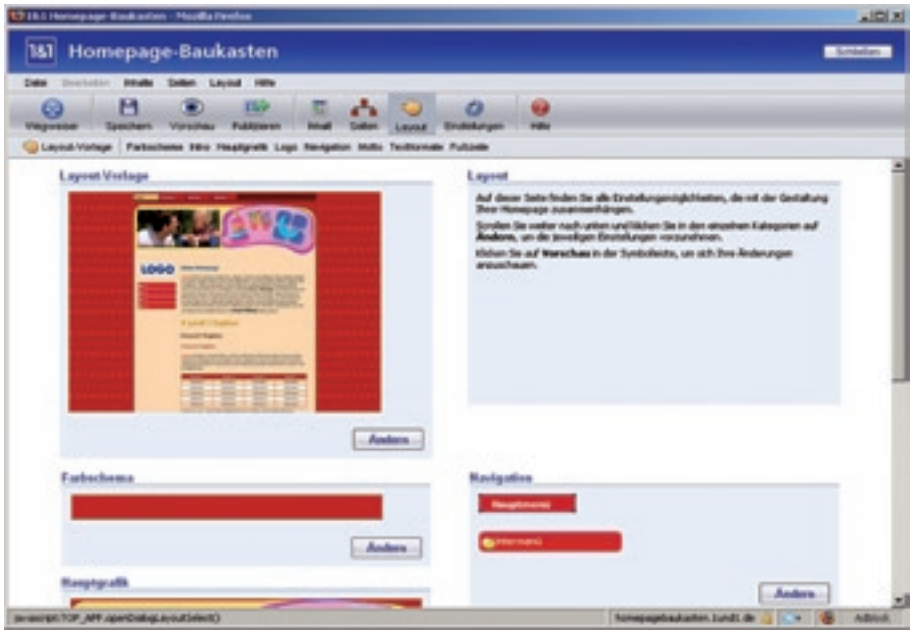
Hier gibt es typischerweise zwei Varianten: Ein so genannter Managed Server ist prinzipiell ein „großes Homepage-Paket". Hauptvorteil: Der Provider kümmert sich um die technische Administration des Servers. Beim Root-Server hat der Anwender dagegen volle Zugriffsrechte auf den Rechner und kann zum Beispiel auch zusätzliche Programme installieren.

Do it yourself – oder?

In der Planungsphase sollte sich eine Firma überlegen, ob der Web-Auftritt in Eigenregie erstellt werden soll, oder ob man sich der Dienste einer professionellen Web-Agentur bedient. Die erste Variante empfiehlt sich nur bei kleinen Internetauftritten oder wenn man Zugriff auf einen Grafik- und Internet-Profi in den eigenen Reihen hat - zum Beispiel den Werkstudenten mit Informatik-Vordiplom oder den Neffen, der Design studiert. Für größere Web-Projekte lohnt es sich aber meist, Profis zu engagieren – diese sind oft preiswerter als man denkt und oft vor der eigenen Haustür zu finden.

Egal, ob der Webauftritt im eigenen Haus oder in einer Agentur entsteht: vorab sollte sich ein Unternehmen Gedanken über den Aufbau der Website machen. In der so genannten Hauptnavigation sollten sich die wichtigsten Themen wiederfinden. Das können etwa Punkte wie „Produkte", „Unternehmen", „Aktuelles" oder auch „Kontakt" sein. Ganz wichtig: Nach dem Telemediengesetz ist in jedem Fall ein Impressum für die Website vorgeschrieben. Pflichtangaben sind der Firmenname, Name des Vertretungsberechtigten, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Handelsregister-Gericht und -Nummer sowie die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer.

In einer zweiten Navigationsebene finden sich dann jeweils weitere Unterpunkte. Mit Homepage-Baukästen oder Website-Editoren lässt sich eine solche Struktur anschließend ohne Programmierkenntnisse leicht umsetzen, und die automatisch erstellten Seiten können dann nach und nach mit Inhalten gefüllt werden.



Mit Website-Editoren wie zum Beispiel dem 1&1-Homepage-Baukasten lassen sich anhand von Vorlagen auch ohne Programmierkenntnisse ansehnliche Web-Auftritte erstellen.

Mehrwerte schaffen → Kunden begeistern

Von Ralf R. Strupat

Schon die Philosophen der Antike beschäftigten sich damit, welche Verhaltensweisen für die Menschen wichtig und wünschenswert seien. Von Menschen gemachte Erfahrungen formten Wertvorstellungen, die unsere Kultur noch heute prägen. Werte werden von einer Generation an die nächste weitergegeben und damit auch verändert oder abgelehnt. Werte wandeln sich. So wie sich unsere Umgebung, die Gesellschaft, unser Konsumverhalten wandeln. Doch sollten, bei aller Aufgeschlossenheit Neuem gegenüber, die alten Werte nicht einfach über Bord geworfen werden. Im Umgang miteinander, von Unternehmen zu Unternehmen, zwischen Unternehmen, Mitarbeitern und Kunden sind gelebte Werte nach wie vor Stabilitätsgrößen.

Foto: Pitopia

Die Kunden für die eigenen Produkte begeistern, Kundenzufriedenheit schaffen durch Zuverlässigkeit und Qualität: Alte Werte helfen dabei.

Sich auf „alte“ Werte zu besinnen und individuell danach zu handeln, kann in der Wirtschaft zum Begeisterungsfaktor werden. Kunden haben feine Antennen dafür, wo sie Wertschätzung erfahren. Jemanden wertschätzen kann aber nur, wer Werte nicht nur kennt, sondern sich selbst in seinem Denken und Handeln auch danach richtet. Besinnen wir uns also auf unsere gute Kinderstube. Denn wir haben es doch alle mal gelernt. Oder?

Zuverlässigkeit

Sich auf jemanden verlassen, heißt, ihm vertrauen – ob beruflich, in Partnerschaften, Freundschaften oder Organisationen. Die Zuverlässigkeit, dass sich daran auch nichts ändert, kennzeichnet dieses gegenseitige Vertrauensverhältnis und wird zum Klebstoff beider Parteien. Dabei ist dies kein festgeschriebener Zustand, sondern ein Prozess, der ständiger Erneuerung bedarf. Händler, Hersteller und Zulieferer sind auf partnerschaftliche Zusammenarbeit angewiesen. Besonders dort, wo die früher üblichen großen Lagerhaltungen abgebaut werden, wirkt sich eine zuverlässige schnelle Produktion bzw. Lieferung auch auf die nächste Stufe – also den Endkunden – aus. Und nur Kunden, die zuverlässig auf das Angebot eines Unternehmens vertrauen können, die ganze Aufmerksamkeit genießen, werden wieder kommen. Sie wollen sich darauf verlassen, dass mit ihnen achtsam und freundlich umgegangen wird. Sie wollen sich darauf verlassen, dass Angebote und Zusagen eingehalten werden, dass Lieferungen pünktlich erfolgen, dass Qualitäts-Standards beachtet werden, dass sie prompt bedient werden, usw. So wie sie es gewohnt sind. Zuverlässig eben.

Foto: Pitopia

Kunden haben feine Antennen dafür, wo und wie sie Wertschätzung erfahren.

Aufrichtigkeit

Aufrichtigkeit ist ein Merkmal der Ehrlichkeit und sollte zu den Grundwerten jedes Unternehmens zählen. Aufrichtigkeit wird im Lexikon als das Verhalten gegenüber einer Einzelperson definiert. Das Gegenteil der Aufrichtigkeit sind Heuchelei und Schmeichelei. Und genau diese beiden Eigenschaften sind im Geschäftsleben immer wieder anzutreffen. Zugegeben, oft ist es nur ein schmaler Grad, der ein Kompliment oder eine dem Kunden gegenüber geäußerte Nettigkeit von geheuchelter Wohlgesonnenheit trennt. Die Kunst besteht darin, eine positiv aufrichtige Haltung zu wahren und damit eine seriöse Basis für die Kundenbeziehung zu schaffen. Denn Kunden merken sehr schnell, wenn man ihnen unaufrichtig gegenüber tritt.

Beispiel: Eine Kundin kommt im topaktuellen Outfit aus der Umkleidekabine und die Verkäuferin stößt bei der trefflichen Wahl entzückte Begeisterungslaute aus. Ihre Gedanken sind vermutlich schon von der Hochrechnung ihres Tagesumsatzes blockiert, sonst würde sie sehen, dass die Bluse wirklich nicht passt. Die Beurteilung „Die Bluse sitzt etwas knapp, ich bringe Ihnen noch andere Modelle zum Probieren“, erfordert Aufrichtigkeit. Die mit dem Heraussuchen besser passender Alternativen zusätzliche Arbeit jedoch signalisiert der Kundin, dass sie ernsthaft beraten wird. Die schließlich ausgewählte Bluse passt genau zum Typ der Käuferin und ist nicht minder modisch. Die Bluse mit den zusätzlich gleich mit gekauften passenden Accessoires tragen zur Hochstimmung der neu eingekleideten Kundin genauso bei wie zum Geschäftserfolg der Verkäuferin.

Fairness

Fairness verbinden wir gerne mit dem Sport. Es gehört einfach dazu, sich an die Spielregeln zu halten; es gilt, durch Fair Play den Gegner als Partner zu achten. Genauso selbstverständlich sollte Fairness in der Unternehmenskultur verankert sein: gegenüber den eigenen Mitarbeitern, gegenüber den Kunden, aber auch gegenüber Mitbewerbern. Leider wird dieses Handlungsprinzip im harten Wettbewerb nur zu oft durch Ellenbogenmentalität und Rücksichtslosigkeit verdrängt. Ungeachtet dessen ist Fairness auch heute noch eine Investition, die sich auszahlt, die das Klima und Image eines Unternehmens nicht unerheblich beeinflusst. Fairness wirkt nach innen und nach außen gleichermaßen – in drei entscheidenden Beziehungsbereichen:

Fair behandelte und bezahlte Mitarbeiter identifizieren sich in der Regel stark mit ihrem Arbeitgeber und seiner Philosophie und tragen diese weiter an die Kunden. Ein Wert, der begeistert. Auch nehmen sie diese Erfahrung, genauso wie evtl. gegenteilige, als Kapital mit, wenn sie, aus welchen Gründen auch immer, das Unternehmen wechseln.

Fairness gegenüber Mitbewerbern drückt sich zum Beispiel darin aus, diese nicht um jeden Preis zu unterbieten. Denn eine solche Strategie geht nicht nur zu Lasten der Rivalen am Markt, sondern nagt auch an den eigenen Ressourcen. Der langfristig viel versprechende Weg ist es, die Konkurrenz durch die bessere Leistung, das bessere Produkt, den besseren Service und durch mehr Begeisterung aus dem Rennen zu schlagen.

Fairness im Umgang mit Kunden bedeutet, sich auf deren Bedürfnisse einzustel-

len. Nur der Gleichklang von Nachfrage und Angebot sichert eine stabile Beziehung. Wenn der Kunde das, was er braucht, bekommt und noch ein bisschen mehr, entsteht diese Harmonie. Doch allzu oft liegt der schnelle Kaufabschluss als Handlungsmotiv des Verkäufers zugrunde.

Qualität

Eigentlich die selbstverständlichste Sache der Welt: Qualität – der Begriff steht im allgemeinen Sprachgebrauch als Synonym für Güte. Qualitätsarbeit und Qualitätsprodukte heben sich ab von Pfusch und billigem Ramsch. So sollte es zumindest sein. Doch in Zeiten der Superlative wird gerne auch von Qualität gesprochen, wo keine ist. Alles Bestens, vom Feinsten, Premium oder 1A. Nicht selten wird auch der Anschein einer anderen Qualität erweckt, indem Qualitätsmerkmale gebraucht werden, die gar nicht gegeben sind. So schmücken sich im Discounter angebotene Lebensmittel gerne mit Bezeichnungen wie „hausgemacht", „vom Metzger- oder Bäckermeister" usw. und unterstreichen diese Aussage mit heimeligen Bildern. Die reine Produktqualität in der industriellen Fertigung unterliegt selbstverständlich strengen Kontrollen und mag durchaus die Note sehr gut verdienen. Doch nur das Produkt des wirklichen Handwerksbetriebes kann dieser Qualität weitere Merkmale hinzufügen: Den Service, die persönliche Beratung, die Überschaubarkeit, die Regionalität, die Vielfalt und die Begeisterung. Genau diese Qualitäts-Pluspunkte schätzen verwöhnte Kunden. Auch wenn das Eis zuhause aus der Familienvorratsbox köstlich schmeckt, liefert erst die vom Italiener mit einem charmanten „prego signora" überreichte Waffel Urlaubserinnerungen gratis mit.

Und jetzt: Hand aufs Herz – wie haben Sie's gelernt? Und vor allen Dingen wo? Beim Studium oder Meisterbrief zählt vor allem das fachliche Wissen. Wertvorstellungen werden – wenn überhaupt – nur am Rande behandelt. Da ist es ein Segen, dass gerade im Mittelstand und Handwerk noch die gute alte Kaufmannsehre gilt – zumindest bei vielen: Natürlich begegnen Sie Ihren Kunden zuverlässig, aufrichtig und fair. Beste

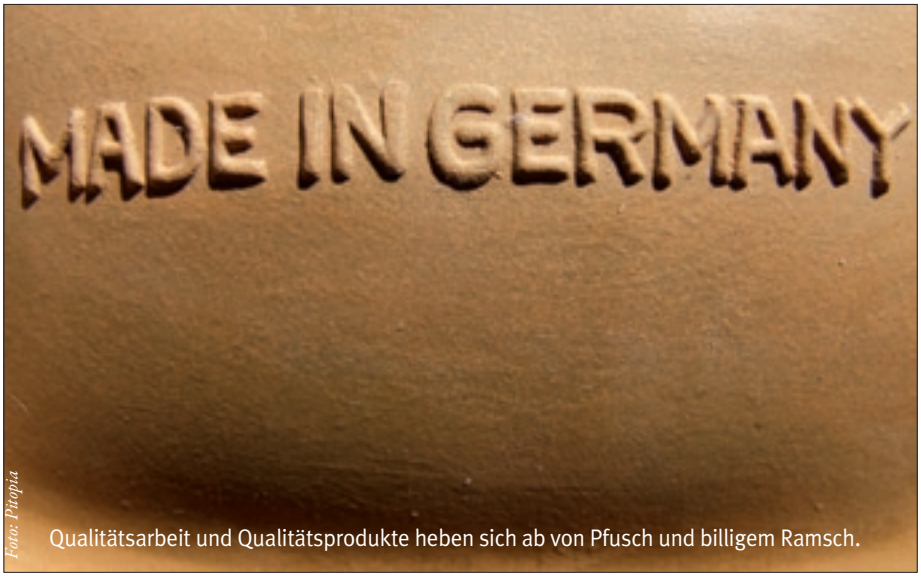


Foto: Photopia

Qualitätsarbeit und Qualitätsprodukte heben sich ab von Pfusch und billigem Ramsch.

Qualität zu liefern ist Ihre Maxime und selbstverständlich sind Sie mit viel Liebe bei der Sache. Dann gibt es nur noch eines zu tun: Geben Sie diese Einstellung, Ihre Wertvorstellung, weiter. Der Lehrling, der einen ewig zornigen Chef erlebt, wird keine Begeisterung entwickeln, dafür womöglich später einmal Untergebene ähnlich behandeln. Von einem Verkäufer, der den Vorgesetzten stets nur abfällig über seine Kunden reden hört, darf keine Aufrichtigkeit erwartet werden. Und der Unternehmer, der immer nur alles schwarz in schwarz sieht, zieht alles Negative an... über kurz oder lang sogar rote Zahlen, aber sicher keine Kunden.

DER AUTOR: RALF R. STRUPAT

GOLDENE WORTE

Ich finde, wenn man etwas Unangenehmes zu sagen hat, sollte man stets ganz offen sein.

Mann sollte immer ehrlich spielen, wenn man die Trümpfe in der Hand hat.

Oscar Wilde

*

In Firmen kommt es dann und wann auch auf die Firmenziele an.

Ein Mitarbeiter kann bisweilen die Firmenziele sogar teilen.

Man behandle, kurz und bündig, den Mitarbeiter stets als mündig.

**Der Mitarbeiter, so betrachtet, ist Mensch.
Und will, dass man ihn achtet.**

Manager-Bosheiten

WEBTIPP

www.begeisterung.de
E-Mail: mit@begeisterung.de

Foto: Pitopia

PROFI-STRATEGIE

Wie Frauen Wünsche viel leichter verwirklichen können

Von Claudia E. Enkelmann

Zielklar und dennoch freundlich aufzutreten – das widerspricht sich nicht im Geringsten.

Wünsche – davon hat man als Frau meistens mehr als genug, nicht wahr? Der schicke Wagen, der nette Nachbar, der Chefsessel Ihres Noch-Vorgesetzten, die tolle Wohnung im besten Viertel ... Sie erreichen alles! Warum? Weil Sie eine Frau sind! Und Frauen können eben, weil sie Frauen sind, mit der richtigen Strategie alles erreichen!!!

Um eines ganz klar zu stellen: Die Spielregeln der Männer zu lernen und anwenden zu können, bedeutet auf gar keinen Fall, dass Sie Ihre Weiblichkeit aufgeben sollen. Ganz im Gegenteil! Gerade die vielen Fähigkeiten von uns Frauen verschaffen uns ungeheure Vorteile in der Berufswelt. Zielklar und gleichzeitig freundlich aufzutreten, widerspricht sich nicht im Geringsten. Es ist nämlich genau diese Mischung aus weiblicher und männlicher Strategie, die so wirkungsvoll ist. Wer die Freundlichkeit „außen vor" lässt, wird sich schnell den Ruf der kalten, kratzbürstigen „Zicke" erarbeiten. Viel erfolgreicher sind Sie, wenn Sie hart in der Sache, jedoch weich in der Form ihres Vorgehens sind. Übrigens: Sie haben auch ein Recht, um Hilfe zu bitten.

Sage so oft wie möglich: „Bitte helfen Sie mir!"

Lernen Sie, Bitten höflich, jedoch sehr direkt vorzutragen. Viele Frauen delegieren nur deshalb so wenig, weil sie Angst davor haben, andere um Hilfe zu bitten. Wenn Sie nach oben wollen, dann sollten Sie dies so schnell wie möglich und bei jeder Gelegenheit trainieren. Wichtig sind kurze Aufforderungen. Beginnen Sie bitte nicht so: „Können Sie mir bitte xy holen?" Sobald Sie das Wort „können" in ihrer Aufforderung benutzen, wird daraus eine Frage. Sagen Sie lieber: „Würden Sie mir bitte bis Freitag 12 Uhr die Unterlagen abholen?" Diese Aufforderung ist nicht nur wirksamer, sondern auch sehr viel höflicher. Bleiben Sie weich in der Form, jedoch konkret im Ziel! Bitte fügen Sie keine Begründungen an, diese schwächen ihre Aufforderung unnötig ab und bieten Diskussionsstoff. Was meinen Sie, wie viel eine solche Frau erreicht? Dabei gibt es ein ganz simples,

Auch Boxkämpfe werden nicht in der ersten Runde entschieden...

und dennoch ungeheuer wirkungsvolles Geheimnis: Lächelnde Frauen bekommen von Männern alles!

Kombiniere Deine Bitten mit einem Lächeln!

Geben Sie sich selbst eine ehrliche Antwort auf die Frage: Wie oft lächeln Sie am Tag? Nicht oft? Schade! Denn der Sex-Appeal Faktor Nr. 1 ist - das Lächeln einer Frau! Kein Mann auf der Welt schafft es, eine lächelnde Frau zu ignorieren. Es gibt sogar eine Fülle von Sprichwörtern und Zitaten, die belegen, wie stark der Einfluss des Lächelns einer Frau auf Männer ist. Ja, da haben wir eine echte Waffe der Frauen in der Hand. Und weibliche Macht zu nutzen heißt, den Mut zu haben, unsere Waffen auch einzusetzen!

Die Differenzierung zwischen Lachen, Lächeln und Grinsen ist dabei allerdings sehr wichtig. Jemanden anzulächeln, bedeutet eben nicht, ihn auszulachen oder ein Dauer-Grinsen aufzusetzen. Was sich bei einem echten, freundlichen Lächeln überträgt, ist die ehrlich gemeinte Emotion. Denn im Gegensatz zu intellektuellen Äußerungen auf der Sachebene sind Gefühle immer ansteckend. Dieser Grundsatz wirkt, ob wir wollen oder nicht. Unsichere Frauen zum Beispiel verunsichern Männer - sicher auftretende Frauen dagegen strahlen Ruhe und Gelassenheit aus. Und auch das ist im Umgang miteinander von entscheidender Bedeutung.

Männer sind hilflos gegenüber Gefühlsausbrüchen

Grundsätzlich lieben Männer an Frauen die positiven Emotionen, und vor den negativen fürchten sie sich. Wenn Frauen negative Gefühlsausbrüche zeigen, also „ausrasten“ oder cholerisch werden, oder wenn sie in Tränen ausbrechen, dann reagiert der anwesende Mann meistens hilflos. Dies ist nicht sein Spielfeld. Er kann damit nicht umgehen. Sie machen uns für ihn „unberechenbar“, das heißt, er kann nicht vorhersehen, wie wir reagieren werden. Daher ist es für uns am Arbeitsplatz so wichtig, nicht emotional außer Kontrolle zu geraten. Und wenn dem so ist, dann sollten wir uns so schnell wie möglich der Situation entziehen und uns erst einmal beruhigen.

Was Männern den Ruf eines Waschlappens einbringt, ist für Frauen der sichere Weg zum Ruf der Zicke: Tränen im Büro - automatisch vermuten alle, dass Sie nicht belastbar genug sind. Tränen sind absolut o.k. - aber bitte nicht am Arbeitsplatz. Auch wenn der Vorgesetzte noch so ungerechtfertigte Vorwürfe gegen Sie richtet - bleiben Sie in jedem Fall ruhig! Das ist natürlich nicht immer einfach. Manchmal entstehen eben Situationen, in denen wir außer Fassung geraten. Äußerlich ruhig zu wirken, wenn man den inneren Druck eines Dampfkessels hat, fordert uns enorm. Aber tun Sie sich selbst einen Gefallen und wählen Sie eine andere Methode als die wort- und womöglich tränenreiche Explosion, um sich abzureagieren.

Wenn der Druck zu stark wird, dann entschuldigen Sie sich „Lassen Sie mich bitte über das Gesagte nachdenken. Ich werde morgen noch einmal auf Sie zukommen.“ Und wenn Sie einmal um den Block laufen müssen, bis alle negative Energie verpufft ist: Es ist immer besser für Sie und Ihr berufliches Ansehen, wenn Sie noch einmal durchdacht, vorbereitet und ruhig mit dem Kollegen oder Vorgesetzten über die Sache sprechen, nachdem der erste Zorn verraucht ist.

Zähe Verhandlungen gehören zum Spiel!

Männer pokern gerne! „Nein“ ist der Prüfstein, ob Frau etwas wirklich will! Und wenn Sie nun mal ganz sachlich überlegen: Glauben Sie, es ist wahrscheinlich, dass man mit einem solchen Anspruch oft zufrieden aus der Verhandlung geht? Sogar Boxkämpfe - und beim Boxen wird schließlich am eindeutigsten nicht argumentiert, sondern „ausgeteilt“‘ - werden auch nicht gleich in der ersten Runde entschieden, sondern es geht meist noch in die zweite und dritte Runde! Das heißt: In den meisten Verhandlungssituationen ist das „Nein“, das wir in der ersten Runde hören, nur der Prüfstein, ob wir das wirklich haben wollen, worüber wir verhandeln. Wenn das der Fall ist, dann haben wir genügend Antrieb, um in die nächste Runde des Kampfes zu gehen.

Eines steht fest: Sie sind eine Frau – nutzen Sie die Vorteile! Mit der richtigen Profi-Strategie können Sie sich Ihre Wünsche im Leben erfüllen. Viel Spaß dabei!

LESETIPP

Die Venusstrategie
Ein unwiderstehlicher Karriereratgeber für Frauen
Claudia E. Enkelmann

Ueberreuter Wirtschafts-Verlag
216 Seiten/Paperback
ISBN 978-3-636-01495-5

Fühlen Sie sich auch manchmal wie ein Hamster im Laufrad?

3 Impulse für einen besseren Umgang mit der Zeit

Von Cay von Fournier

Menschen planen vielfach ihre Zeit und haben dennoch keine. Es ist häufig wie das Laufen im Hamsterrad, je schneller wir uns bewegen, umso schneller läuft das Rad. Nach mehr als zwanzig Jahren der „Ära Zeitmanagement" ist es an der Zeit, inne zu halten und sich zu fragen: Gibt es einen Fehler im System „Zeitmanagement"? Ist das Thema „Zeit" überhaupt beherrschbar? Sind wir als Menschen in der Lage, unsere Zeit zu managen? Oder führt Zeitmanagement, so wie es bisher betrieben wurde, nur zu noch mehr Stress und Hektik in unserem Alltag?

Bei der rückwärtigen Betrachtung des Tages fragen wir uns am Abend oft „Wo ist denn wieder die Zeit geblieben?". Vielleicht liegt es daran, dass Planung meistens auf das klassische Zeitmanagement beschränkt bleibt. Die Erfahrung jedoch zeigt, dass dies für ein erfülltes und glückliches Leben nicht ausreicht. Planung ist nicht falsch, nur unvollständig. Das Leben ist ein unteilbares Ganzes und besteht zum einen aus Planung und Zeitmanagementtechnik und zum anderen aus einer grundsätzlichen Haltung zur Gelassenheit. Erst wenn wir beide Bereiche in guter Balance vereinen, beherrschen wir die Kunst der Lebensführung.

Methodenkompetenz plus Gelassenheit

Zwei Dimensionen spielen hier eine entscheidende Rolle: Lebensführung und Zeitmanagement. Damit sind Menschen fähig, organisatorisch ihre Zeit zu planen, so dass sie nicht nur eine positive Einstellung und eine gelassene Grundhaltung haben, sondern auch organisatorisch den Anforderungen ihres beruflichen und privaten Alltages gewachsen sind.

Wenn unsere Fähigkeiten allgemein und unser Charakter positiv sind, es uns aber an Methodenkompetenz und Zeitmanagement mangelt, mögen wir zunächst optimistisch sein, schwierige Aufgaben und Rückschläge im beruflichen oder privaten Alltag zu bewältigen. Aber mit der Zeit wird es um unsere Gelassenheit geschehen sein, nämlich wenn die Probleme sich auftürmen und wir in Zeitnot geraten. Manche leben dann noch eine „gestresste Lebensfreude", für andere bedeutet es Rückzug und Nachlassen des Eifers, man gibt unter Umständen ganz auf und wird zum „Aussteiger".

Wer aber, bei beruflicher Unzufriedenheit und pessimistischer Einstellung, ein gutes Zeitmanagement aufrecht erhält, betreibt „organisierte Frustration", wie ich es nennen möchte. Es fehlen Lebensenergie und Lebensfreude. Erfolg und Geld allein machen nicht glücklich. Gute Organisation mag behilflich sein, die Routine des Alltags zu bewältigen, aber in schwierigen und unverhofften Situationen des Lebens (Krankheit, Unfälle, Tod) trägt sie nicht. Eine feste Lebens-Grundeinstellung und eine Lebensführung in Balance müssen hinzutreten und unser Zeitmanagement ergänzen und vertiefen.

Wenn beide Elemente, also eine bedachte Gelassenheit in der Lebensführung und die Organisation im Zeitmanagement fehlen, gerät der Mensch vollends in Not. Sein Zustand ist eine gewisse Hilflosigkeit, gepaart mit Unzufriedenheit. Hier ist es unabdingbar, beide Dimensionen zu entwickeln, um so Schritt für Schritt zu Zeitsouveränität und Lebensbalance zu gelangen. Wie dies gelingen kann, möchte ich an den folgenden drei Grundsätzen aufzeigen.

Wer den schlechtesten Gebrauch von seiner Zeit macht, jammert am meisten, dass sie so knapp ist.

1. Grundsatz:
Wertigkeit unserer Zeit

Die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland liegt derzeit bei knapp 80 Jahren, sie stieg in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich an. Diese Entwicklung scheint sich fortzusetzen, so dass zukünftige Generationen 90 und häufig auch 100 Jahre alt werden können. Selbst wenn dem so sein sollte, darf dieser Umstand nicht darüber hinweg täuschen, dass unser Leben endlich ist. Immer, wenn wir uns mit der Endlichkeit unserer eigenen Existenz beschäftigen, wird die Frage nach der Bedeutung unserer Zeit umso wichtiger. Im Gegensatz zu Geld lässt sich Zeit weder vermehren noch ansparen. Ein Zitat von Jean de la Bruyere besagt: „Der den schlechtesten Gebrauch von seiner Zeit macht, jammert am meisten, dass sie so knapp ist." Viele Untersuchungen belegen, dass Wohlstand und Hektik ebenso wenig glücklich machen, wie Armut und viel Zeit. In unserem Land herrschen im Allgemeinen finanzieller Wohlstand und zeitliche Armut. Das erstrebenswerte Ziel ist, eine Balance zu finden zwischen genügend finanziellen Ressourcen, um ein angenehmes Leben führen zu können, aber auch die Zeit dafür zu haben, dieses genießen zu können.

2. Grundsatz:
Klare und sinnvolle Ziele

Neben der Wertigkeit ist es wichtig, für klare und sinnvolle Ziele zu sorgen, da dadurch das Wesentliche in unserem Leben definiert wird. Der Philosoph Seneca brachte dies vor 2000 Jahren bereits auf den Punkt, als er sagte: „Wer den Hafen nicht kennt, in den er segeln will, für den ist kein Wind ein günstiger." An dieser Stelle empfehle ich Ihnen, sich neun Dokumente anzulegen. Drei Dokumente für den persönlichen Bereich, aufgeteilt in „Persönliche Vision/ Leitbild", „Persönlicher Periodenplan" (Siebenjahres-Planung) sowie „Persönliche Jahreszielplanung". Drei gleichgeartete Dokumente empfehle ich Ihnen für Ihre Familie und drei weitere für Ihren Beruf/ Ihr Unternehmen.

3. Grundsatz:
Disziplin

Bei der Ausprägung einer persönlichen Willensstärke handelt es sich um eine Tugend, die auf der zweiten Kardinaltugend (Tapferkeit) beruht. Dies setzt ein Weltbild des freien und selbstverantwortlichen Menschen voraus, der mit seinem Willen nicht alles steuern kann, aber einen großen Einfluss auf sein Leben ausübt. Nicht umsonst verwendet die asiatische Kultur sehr viel Energie auf die Ausbildung von Disziplin, Einfachheit, Bescheidenheit und Selbstbeschränkung, weil die jahrtausend alte Erfahrung zeigt, dass diese Form des Maßhaltens, welche auch der dritten Kardinaltugend (Besonnenheit) entspricht, wichtig für die eigenverantwortliche Weiterentwicklung in unserem Leben ist. Disziplin ist also der Sieg des Willens über den Trieb. Der Wille als Ausdruck unserer seelischen und geistigen Dimension als Lebewesen, der Trieb als Ausdruck unserer körperlichen Wünsche und Emotionen. Wenn beides übereinstimmt, leben wir in Einklang zwischen unserem Willen und unseren Wünschen.

Annemarie Pieper schreibt in ihrem Buch „Glückssache": „Gelassenheit ist eine Tugend, die Hitzköpfe mäßigt, die Trostlose vertrauensvoll in die Zukunft blicken lässt, die Ungeduldigen zügelt, die Enttäuschten aufmuntert und die Aggressiven entschärft". Wir können uns ja einmal selbst fragen, wie sehr wir mit verschiedenen Dingen des Lebens „gelassen" umgehen. Die alten Griechen hatten den Gott Chronos, der für die kontinuierlich ablaufende Zeit steht und den Gott Chairos, der für die „günstige Zeit" steht und der immer wieder daran erinnert, dass alles seine günstige Zeit hat und Geduld eine Tugend ist. In der Natur kann man wunderbar beobachten, wie Pflanzen und natürliche Systeme ihre Zeit brauchen, um zu wachsen und zu reifen. Für unser Leben heißt dies, dass wir manches Mal langsamer werden müssen, um schneller zu sein. Machen Sie daher öfter eine Pause, wählen Sie auch hin und wieder einen Umweg und denken Sie immer daran, dass Balance Zeit braucht.

** Dr. Dr. Cay von Fournier ist aus Überzeugung Arzt und Unternehmer. Zu seiner Vision gehören möglichst viele gesunde Menschen in gesunden Unternehmen.*

Info: www.schmidtcolleg.de

SCHNELLER SCHLAU MIT DEM HANDWERKSLEXIKON

Einen einzigartigen Service – nicht nur für Handwerker – bietet jetzt www.handwerksblatt.de: das Online-Lexikon rund ums Handwerk. Von „ABC-Kundenanalyse" bis „Zwischenprüfung" – im Online-Auftritt des Deutschen Handwerksblattes (DHB) finden Sie inzwischen fast 600 Begriffe aus Handwerk, Wirtschaft, Technik und Internet.

Oft gehört, aber: Wer weiß schon genau, was die Handwerkskammer von der Kreishandwerkerschaft oder der Innung unterscheidet? In der Innung organisieren sich selbstständige Handwerker aus der selben Region und des selben oder nah verwandten Handwerks. Bei der Innung werden zum Beispiel die Gesellenprüfungen abgelegt. Alle Innungen eines Bezirks bilden die Kreishandwerkerschaft. Darüber steht die Handwerkskammer. Sie ist gesetzlicher Vertreter aller Handwerker des Bezirks und führt unter anderem die Handwerksrolle.

Das Portal richtet sich nicht nur an gestandene oder werdende Handwerker. Wer auf der Suche nach Begriffserklärungen aus dem Bereich Handwerk ist, wird hier fündig. Er erfährt, dass ein „Altermann" keineswegs ein Rentner ist und der „Bönhase" in keiner verwandtschaftlichen Beziehung zu Meister Lampe steht.

Wer auf den Begriff „Walz" klickt, erfährt nicht nur, was es mit den wandernden Gesellen auf sich hat, er kommt auch per Link zu den „Wanderjahren" und kann von hier aus auf den Begriff „Schacht" klicken. Danach weiß er, dass mit Schacht nicht nur die Stolleneingänge der Grubenarbeiter gemeint sind.

Info: www.handwerksblatt.de

ANZEIGE

MittelstandsMagazin

Informationen und Forum für Mittelstand, Wirtschaft und Management

Unseren Lesern verpflichtet –
und Ludwig Erhard

- aktuell und informativ
- hintergründig
- meinungsfreudig
- zielgruppenorientiert

Unsere Leser:
mehr als 1.000.000* Entscheider aus Mittelstand, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden – nah dran und mitten drin.

www.mitmagazin.com **E-Mail: info@ mitmagazin.com**

* Das MittelstandsMagazin erscheint zehnmal im Jahr.
Auflage: 40.500 pro Ausgabe,
durchschnittliche Leserzahl pro Exemplar: 2,5 lt. Leserstrukturanalyse

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

RECHT IM GESPRÄCH

Wolf-Dietrich Bartsch,
Rechtsanwalt und Notar,
stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen dabei ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand, wie die Vertragsverhältnissse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wollen helfen, Klarheit in den Paragrafen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten.

***Aber Achtung:** Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

Heute gehen wir zusammenfassend auf in letzter Zeit immer wieder aufgetretene Fragen zu einem hoch aktuellen Thema ein:

Zum 01.11.2008 soll das Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) in Kraft treten. Vielen Mittelständlern, die vor einer Umfirmierung von der Einzelfirma zur GmbH stehen, aber auch Existenzgründern stellt sich damit die Frage, welche Vorteile sie aus diesem Gesetz ziehen können.

Eines der Hauptanliegen des Gesetzgebers in dem Reformprozess ist es, Unternehmensgründungen zu beschleunigen und zu erleichtern. Vermeintliche Nachteile gegenüber der Limited aus dem angloamerikanischen Rechtskreis sollen damit ausgeglichen werden. Die zunächst angedachte „GmbH light“ konnte sich im Gesetzgebungsverfahren nicht durchsetzen. Es bleibt damit bei der „guten alten GmbH“. Es wurde aber mit der Unternehmergesellschaft (UG) eine neue Gesellschaftsform in das deutsche Gesellschaftsrecht eingeführt.

Die „UG“ kommt mit einem Stammkapital von nur einem Euro aus, was auf den ersten Blick als Alternative zur Limited reizvoll ist. Die Gesellschafter müssen allerdings 25% des erzielten Gewinns in die Rücklagen einstellen, damit so zukünftig ein höheres Stammkapital gebildet werden kann. Auch treffen die „UG“ besondere Pflichten in der Firmierung, die sie deutlich von der GmbH unterscheiden. Die Geschäftspartner können sofort erkennen, mit wem sie es zu tun haben. Trotzdem und insbesondere wegen des niedrigen „Stammkapitals“ befürchten Richter bereits jetzt, dass die „UG“ eine besondere Anziehungskraft auf nicht immer seriöse Teilnehmer am Wirtschaftleben ausüben könnte.

Ob für die eigene Firmengründung oder Umfirmierung die „UG“ als Alternative zur GmbH in Betracht kommt, sollte man nicht zuletzt aus den vorstehenden Gründen sehr gut abwägen. Eine ausführliche Beratung durch den Rechtsanwalt, den Steuerberater und insbesondere Gespräche mit den finanzierenden Banken sind unumgänglich.

Das MoMiG bringt aber auch für die GmbH selbst Neuerungen. Zwar bleibt es bei der Pflicht zur notariellen Beurkundung der Gesellschaftsgründung, jedoch soll es Erleichterungen geben. Sind bei der Gründung maximal drei Gesellschafter und ein Geschäftsführer beteiligt, so wird zukünftig zur Gründung die Beurkundung eines Musterprotokolls ausreichend sein, was auch zur Kostenreduzierung führen kann.

Schließlich wird eine in Deutschland registrierte GmbH zukünftig ihren Verwaltungssitz im Ausland haben können. Das war bislang nach altem Recht nicht möglich. Optimisten sprechen schon vom „Exportschlager GmbH“. Tatsächlich trägt der Gesetzgeber damit nur der fortschreitenden Globalisierung Rechnung.

Schreiben Sie uns: E-Mail: rechtsfragen@mitmagazin.com

ERHARD-ZITATE

Unsere Zeit ist so schnelllebig geworden, dass wir kaum mehr die innere Geduld finden, sich ein Ereignis organisch vollenden zu lassen. Kaum bedrückt uns eine Sorge, dann sind auch schon alle geneigt, besondere staatliche Maßnahmen zu fordern. Ich dagegen bin der Auffassung, dass es in einer wirklich frei spielenden funktionsfähigen Marktwirtschaft nicht bei jeder vorkommenden Gelegenheit sofort staatlicher Eingriffe bedarf. Ich bin in der geradezu komischen Situation, dass ich mich als Wirtschaftsminister dagegen wehren muss, dirigistisch einzugreifen, selbst wenn die meisten Leute in der Wirtschaft solche Maßnahmen verlangen, und ich meine vornehmste Aufgabe darin erblicke, den Ast abzusägen, auf dem ich sitze! Das ist beileibe kein Scherz.

*

Der Aufblähung der öffentlichen Haushalte muss Einhalt geboten werden, und darum muss der Staat aus unternehmungswirtschaftlichen Aufgaben, aber auch aus anderen privaten Lebensbereichen, auf seine legalen Aufgaben zurückgedrängt werden.

*

Es herrscht die individuelle Freiheit, und dies umso mehr, je weniger sich der Staat anmaßt, den einzelnen Staatsbürger gängeln oder sich gar zu seinem Schutzherrn aufspielen zu wollen. Solche „Wohltat“ muss das Volk immer teuer bezahlen, weil kein Staat seinen Bürgern mehr geben kann, als er ihnen vorher abgenommen hat – und das noch abzüglich der Kosten einer zwangsläufig immer mehr zum Selbstzweck ausartenden Sozialbürokratie.

*

Der moderne Mensch ist tatsächlich so sehr daran gewöhnt, sich eine echte Ordnung nur dann vorstellen zu können, wenn diese in Organisationen oder in einem Heer von Beamten Ausdruck findet und womöglich noch der Sand in der Maschine hörbar wird.

Quelle: ‚Die Soziale Marktwirtschaft. Der Ludwig-Erhard-Zitatenschatz.' Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Berlin 2007. ISBN 978-3-00-023130-8

AKTUELLE URTEILE

Arbeitnehmerrechte beim Betriebsübergang gestärkt

(BAG; Urteil vom 31.01.2008; 8 AZR 1116/06)

Das Bundesarbeitsgericht hat die Rechte der Arbeitnehmer bei einem Betriebsübergang gestärkt. Der Arbeitgeber und Übergeber des Betriebs muss die Arbeitnehmer informieren, wenn er im Zusammenhang mit der Übergabe des Betriebs an seinen Betriebserwerber ein Betriebsgrundstück an einen anderen Dritten veräußert. Er nimmt dann nämlich eine Vermögensaufspaltung vor und verringert so seine Haftungsmasse zum Beispiel für den Fall einer Insolvenz.

Die Arbeitnehmer haben also ein umfassendes Informationsrecht auch im Hinblick auf die mittelbaren Folgen eines Betriebsübergangs, um dann voll informiert über ihr Widerspruchsrecht zu entscheiden. Verstößt der Arbeitgeber gegen diese Unterrichtungspflicht, so können die Arbeitnehmer Schadenersatz verlangen. Sie müssen allerdings den verlangten Schaden dann auch der Höhe nach beweisen.

Besser mit Helm

(OLG Düsseldorf; Urteil vom 12.02.2007; 1 U 182/06)

Die Kinder machen es den Erwachsenen vor: Radfahren mit Helm ist für die eigene Gesundheit besser. Das OLG Düsseldorf hat es nun bestätigt: Wer es als Hobbyradfahrer auf hohe Geschwindigkeiten abgesehen hat, für den ist das Tragen eines Schutzhelms eine Obliegenheit. Den einfachen Radfahrer, der am Sonntag einen gemütlichen Ausflug macht, den trifft diese Pflicht (noch) nicht.

Ein älterer Radfahrer war mit seinem Rennrad unterwegs, als plötzlich ein landwirtschaftliches Fahrzeug vor ihm auf der Strasse auftauchte. Die genauen Umstände waren umstritten. Der Radfahrer stürzte bei seiner Vollbremsung und erlitt schwerste Kopfverletzungen. Eine Berührung zwischen Radfahrer und landwirtschaftlichem Fahrzeug fand nicht statt. Das OLG sah die Nichtbenutzung eines Helms als kausal für die schweren Verletzungen an. Die Haftung des Traktorfahrers trat dagegen zurück, so dass die Klage des Radfahrers auf Schmerzensgeld zurückgewiesen wurde.

Endloses Thema: Einbeziehung der VOB/B in den Bauvertrag

(OLG Brandenburg; Urteil vom 06.03.2008; 12 U 45/06)

Immer wieder kommt es bei Bauprozessen zum Streit darüber, ob die VOB/B wirksam in den Bauvertrag einbezogen worden ist oder nicht. Dies kann für so manchen Bauprozess streitentscheidend sein.

Das Oberlandesgericht Brandenburg hatte einen Fall zu entscheiden, in dem der Bauherr zwar einen Architekten beauftragt hatte. Dieser führte jedoch weder die Verhandlungen mit dem Bauunternehmer noch vertrat er den Bauherrn beim Vertragsabschluss. Der Bauherr selbst hatte keine Kenntnis vom Regelwerk der VOB/B. In einem solchen Fall reicht der bloße Hinweis auf die VOB/B in dem Vertrag nicht aus, um die Geltung der VOB/B wirksam zu vereinbaren.

Vertrag zum Ehenamen möglich

(BGH; Urteil vom 06.02.2008; XII ZR 185/05)

In einem Ehevertrag darf verbindlich geregelt werden, welchen Nachnamen derjenige Ehegatte nach der Ehe führen wird, dessen Nachname nicht zum Ehenamen bestimmt worden ist. Dies hat der Bundesgerichtshof in einem Urteil nun bestätigt. Allerdings hat der BGH offen gelassen, ob dies auch gilt, wenn zum Beispiel ein Entgelt für die Ablegung des Familiennamens im Scheidungsfall als Gegenleistung gezahlt werden muss. Die Entscheidung muss die Belange beider Seiten im Blick haben und eine Abwägung ist durch die Richter vorzunehmen.

Es zeigt sich hier wieder einmal, dass gerade die Rechtsprechung des BGH immer einzelfallbezogener wird. Grobe Linien der Rechtsprechung lassen sich erkennen. Genaue Prognosen sind immer schwerer zu Beginn eines Verfahrens zu treffen. Auch in diesem Verfahren hatte zunächst das Amtsgericht die Klage abgewiesen, während das Landgericht der Klage im Berufungsverfahren entsprochen hatte.

Geschenkt ist geschenkt, wiederholen ist gestohlen

(OLG Saarbrücken; Urteil vom 28.12.2007; 4 U 8/07)

Das Oberlandesgericht Saarbrücken hatte einen Fall zu entscheiden, in dem ein Vater auf den Namen seiner noch minderjährigen Tochter einen Betrag von 100.000,- DM angelegt hatte. Der Vater hatte bei einer Bausparkasse ein Festgeldkonto für die Tochter eröffnet, um steuerliche Freibeträge für eine bestimmte Zeit auszunutzen. Nach dem Ende der Laufzeit nahm der Vater das Geld wieder von dem Konto, um es dann nicht mehr auf den Namen der Tochter anzulegen. Die Tochter verklagte später ihren Vater auf Zahlung der 51.725,70 Euro und gewann.

Der Vater war nicht mehr Verfügungsberechtigter, so das OLG. Die minderjährige Tochter selbst ist Gläubigerin der Bank geworden. Es handelte sich um eine wirksame Schenkung, die der Vater nicht so ohne weiteres rückgängig machen kann. Er musste also den Betrag an seine Tochter auszahlen.

Urheberrechtsschutz ist nicht personenbezogen

(OLG Oldenburg; Urteil vom 17.04.2008; 1 U 50/07)

Plant ein Architekt ein Wohnhaus, so genießt diese Planung nicht automatisch Urheberrechtsschutz. Um diesen besonderen Schutz zu erhalten, kommt es nicht darauf an, dass die Pläne das Können eines durchschnittlichen Architekten übersteigen. Das OLG Oldenburg hat nochmals festgestellt, dass Urheberrechtsschutz nur die Planung eines Architekten erhalten kann, die sich aus der Masse des alltäglichen Bauschaffens heraushebt. Objektbezogene Kriterien sind damit entscheidend für die Frage des Urheberrechtsschutzes. Es geht also nicht um etwaige besondere Fähigkeiten des Architekten.

BÜCHER

Erfolg im Job
Hofmann/Helbach-Grosser
Gebunden, 136 Seiten, 28,00 Euro
Expert Verlag
ISBN 978-3-8169-2683-2

Erfinden Sie sich neu, ändern Sie Ihr Leben und bringen Sie Ihre Umwelt zum Staunen, rät die Autorin und empfiehlt Stil und Intuition als prägende Elemente der Persönlichkeit, die anziehend wirkt und von niemandem übersehen wird. In diesem Buch geht es um äußere Formen des Miteinander, zugleich aber auch um innere Haltung und geistige Präsenz. Stilvolles Benehmen in allen Lebenslagen öffnet Türen zu interessanten Menschen.

Brockhaus Wirtschaft
Gebunden, 704 Seiten, 49,95 Euro
ISBN 978-3-7653-0312-8

Duden- Der Deutsch-Knigge
Gebunden, 480 Seiten, 14,95 Euro
ISBN 978-3-411-72791-9

Brockhaus Politik
Gebunden, 512 Seiten, 34,95 Euro
ISBN 978-3-7653-3311-8

Der Brockhaus/Duden-Verlag reüssiert mit einigen Neuerscheinungen. So will der „Brockhaus Politik“ Kenntnislücken schließen und bei politisch Interessierten Wissen und Verständnis für politische Grundlagen aufbauen. In rund 2.000 Stichworten von A wie Agrarpolitik bis Z wie Zentralbank informiert das neue Sachlexikon praxisnah und verständlich über Ideen, Systeme und Prozesse aus Politik, Gesellschaft und Recht.

Der „Brockhaus Wirtschaft“ liefert auf 704 Seiten übersichtliche und anschauliche Informationen zu Wirtschaftstheorien, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftspraxis. 22 mehrseitige Artikel informieren zu wichtigen Themengebieten. Ergänzt und veranschaulicht werden die Einträge durch 450 Abbildungen, Grafiken und Tabellen sowie 100 Infokästen zu häufig gestellten Wirtschaftsfragen.

Der „Deutsch Knigge“ von Duden ist ein 480 Seiten starker Ratgeber, zum kleinen Preis von 14,95 Euro, sowohl als Buch als auch als E-Book, erhältlich. Das Themenspektrum reicht von Gesprächsführung, moderner Korrespondenz und gutem Benehmen bis hin zum Umgang mit Visitenkarten. Interessant: Die Themenauswahl gründet in erster Linie auf den Anregungen aus der Duden-Sprachberatung, die täglich etwa 200 Fragen rund um die deutsche Sprache beantwortet.

***Das große Spiel ***
von Claude Cueni
Hörbuch gelesen von David Nathan
Hörbuch 6 CDs, Lübbe; Juni 2008
ISBN-10: 3785735650, ISBN-13: 978-3785735657
Auch als Buch erhältlich:
Broschiert, 447 Seiten, Heyne TB Februar 2008
ISBN-10: 3453432770, ISBN-13: 978-3453432772
Mit seinem Werk „Das große Spiel“ gibt Claude Cueni Einblick in das Leben von John Law of Lauriston, eine der schillerndsten historischen Figuren des 18. Jahrhunderts. In jungen Jahren verspielt der Frauenheld und begnadete Mathematiker das Vermögen seines Vaters. Nach einem Duell mit tödlichem Ausgang muss er England verlassen. Während seiner Flucht quer durch Europa kommt ihm die Idee, Geld nicht länger mit knapper werdenden Edelmetallen zu decken, sondern Papiergeld einzuführen. Bis zur Einführung der Banknoten ist es aber ein weiter Weg. Eine spannende und noch dazu wahre Geschichte über einen Mann, der seiner Zeit weit voraus war!

Handbuch des Außendienstrechts, Band 2
Küstner/Thume
Gebunden, 960 Seiten, 159,00 Euro
Verlag Recht + Wirtschaft
ISBN 978-3-8005-1459-5

Dieses Standardwerk, das bereits in 8. Auflage erscheint, stellt die umfassendste Kommentierung zum Ausgleichsanspruch des Handelsvertreters gemäß §89 b HGB dar. Damit erfüllt es seit mehr als 45 Jahren die Bedürfnisse der interessierten Kreise – Handelsvertreter, Unternehmer, Gerichte, Anwälte, Berater und Verbände.

Jour fixe um 11
Kalmbach
Broschiert, 193 Seiten, 24,80 Euro
Rosenberger Fachverlag
ISBN 978-3-931085-66-7

Eine neue Lernkultur braucht das Unternehmen. Darin sind sich die drei handelnden Personen in diesem „Fachroman“ einig. Die Weiterbildung steht unter Druck und die Ausbilder erreichen die Jugendlichen kaum noch. Was tun? Eine halberfundene Geschichte zum Mitlernen und Miterleben.

Manager im Würgegriff
Pelz/Mahlmann
Hardcover, 180 Seiten, 22,50 Euro
Rosenberger Fachverlag
ISBN 978-3-931085-61-2

Eingeklemmt zwischen Wettbewerb und Kostendruck, zwischen Rationalisierung und Personalentwicklung, zwischen Wertsteigerung und Kapitalrendite: Manager von heute müssen scheinbar Gegensätzliches vereinen. Globalisierung, demografische Entwicklung und den beständig zunehmenden Einfluss der Finanzwirtschaft auf das operative Geschäft empfinden viele als ungeheure Last, als einen Würgegriff.

Inhaltliche Positionierung der MIT zum Wahlkampf 2009 - Wohlstand durch Bildung, Arbeit und Wettbewerb -

Foto: Pitopia

Die Wähler, vor allem die mittelständischen, wünschen, dass sich am Wahltag, dem 27. September 2009, die Wege von CDU und SPD in Berlin trennen.

1. Steuerpolitik

- Unser Steuersystem muss einfach, niedrig und gerecht ausgestaltet sein.
- Das Steuersystem muss auf einem freiheitlichen Staatsverständnis basieren und darf nicht länger zur staatlichen Verhaltenslenkung missbraucht werden.

Mehrwertsteuer

- Wir fordern die Einführung eines reduzierten Mehrwertsteuersatzes von 7% für alle lokalen lohnintensiven Dienstleistungen. (Votum Süd)

Einkommensteuer

- Wir fordern eine stufenweise Abschaffung des Solidaritätszuschlages vor 2019.
- Die Pendlerpauschale wird in der früheren Höhe ab dem ersten Kilometer wieder eingeführt.
- Der Einkommensteuertarif soll durch eine Erhöhung des Grundfreibetrages, die Reduzierung des Eingangssteuersatzes, die Einführung eines Kindergrundfreibetrages und die Abflachung des gesamten Tarifverlaufs gesenkt werden.

Unternehmensteuer:

- Zinsaufwendungen, Pachten und Mieten sowie die Gewerbesteuer sollen zukünftig wieder als Betriebsausgabe abzugsfähig sein.

2. Arbeitsmarkt

- Die Hartz-IV-Reformen müssen bestehen bleiben. Die zusammengelegte Sozial- und Arbeitslosenhilfe gehört in kommunale Hand. Das ALG II muss bedarfsabhängig bleiben, über die Höhe des Schonvermögens ist neu nachzudenken.
- Wir befürworten die Tarifautonomie. Für Flächentarifverträge fordern wir gesetzliche Öffnungsklauseln. Wir unterstützen zudem betriebliche Bündnisse. Staatlich verordnete Mindestlöhne lehnen wir entschieden ab.
- Die Vorschläge des Arbeitsministeriums zum Entsendegesetz und zum Mindestarbeitsbedingungengesetz lehnen wir ab. Wir fordern stattdessen die Umsetzung des von der CDU beschlossenen Konzeptes zum Mindesteinkommen.

3. Sozialpolitik

- Die Reformbeschlüsse von Leipzig zu den sozialen Sicherungssystemen bleiben weiterhin gültig.
- Die Einführung und Stärkung kapitalgedeckter Elemente sowie der Ausbau privater Vorsorge ist zwingend erforderlich.
- Die gesetzlichen Leistungen dürfen sich nur an einer Grundversorgung orientieren. Versicherungsfremde Leistungen sind über Steuern zu finanzieren.

Gesundheit

- Wir fordern ein Gesundheitswesen, das nicht zentral und planwirtschaftlich, sondern dezentral und marktwirtschaftlich organisiert ist.
- Durch die solidarische Gesundheitsprämie müssen Arbeits- und Sozialkosten entkoppelt werden.
- Wir lehnen den jetzt geplanten Gesundheitsfonds ab, weil er den Weg in die Staatsmedizin bereitet.
- Wir lehnen die einheitliche Festsetzung der Kassenbeiträge durch den Staat ab.

- Ein wichtiges Steuerungsinstrument in der Krankenversicherung ist die Schaffung von Kostentransparenz für die Versicherten. Daher fordern wir einen konsequenten Wechsel vom Sachleistungs- zum Kostenerstattungsprinzip.

Rentenpolitik

- Wir sprechen uns gegen eine Aufweichung der Rentenformel aus und fordern mehr Nachhaltigkeit in der Rentenpolitik.
- Es müssen bessere Rahmenbedingungen und mehr Anreize zur privaten Kapitalvorsorge geschaffen werden. Neben der solidarischen Rente muss die private und betriebliche Altersvorsorge gefördert werden. Die Riester-Rente, die Rürup-Rente und die Mitarbeiterbeteiligung sind hierfür tragfähige Ansätze.

4. Finanzpolitik

- Wir sprechen uns konsequent gegen eine weitere Erhöhung der Staatsschulden und für einen konsequenten Abbau der bestehenden Schulden aus.
- Die Haushaltskonsolidierung muss konsequent über Ausgabensenkungen und nicht durch höhere Steuern und Abgaben erfolgen. Vielmehr lassen sich die notwendigen Senkungen von Steuern und Abgaben mit der Haushaltskonsolidierung verbinden.
- Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben beschränken. Hierzu gehört eine grundsätzliche und ernsthafte Aufgabenkritik aller staatlichen Aufgaben. Soweit möglich sind öffentliche Aufgaben zu privatisieren. Die Rekommunalisierung privater Dienstleistungen lehnen wir ab.
- Das Konnexitätsprinzip – „wer bestellt, bezahlt“ – muss auf allen politischen Ebenen, von der Kommunal- bis zur Europaebene, Anwendung finden.

5. Energie- und Umweltpolitik

- Die MIT fordert, die doppelte Steuerbelastung der Energie durch Energiesteuern und Mehrwertsteuer abzuschaffen – keine Umsatzsteuer auf Steuern!
- Wir sprechen uns dafür aus, dass Ressourcenschonung und Energieeffizienz an erster Stelle einer neuen Ausrichtung der Energiepolitik stehen.
- Energiepolitik und Umweltpolitik dürfen nicht ideologisch betrieben werden. Bei allen Entscheidungen müssen das Wirtschaftlichkeitsprinzip und alle Nebenfolgen Beachtung finden. (siehe Auswirkung der Förderung des Biosprits auf die Nahrungsmittelversorgung in Entwicklungsländern)
- Die großen Energieversorger haben sich den deutschen Markt in vier regionale Monopole aufgeteilt. Die MIT fordert, diese regionalen Monopole aufzulösen und deren Neubildung auf dem deutschen Energiemarkt zu verhindern. Der Wettbewerb in der Energiewirtschaft ist zu fördern und an marktwirtschaftlichen Prinzipien auszurichten.
- Die MIT fordert das Bekenntnis zur Kernenergie als einen notwendigen Baustein eines autarken, versorgungssicheren und ausgewogenen Energiemixes. Langfristig sollte zur Energieerzeugung die Kernfusion als Ziel angestrebt werden. Hierzu sind in diesem Bereich die Forschungsinvestitionen zu erhöhen.

6. Bürokratieabbau

- Die Kompetenzen des Normenkontrollrates (NKR) sind zu erweitern. Der NKR soll zukünftig neben den Gesetzesentwürfen der Bundesregierung auch an den Gesetzesvorhaben von Bundestag und Bundesrat beteiligt werden.
- Das von der Bundesregierung bis 2011 festgelegte Bürokratie-Abbauziel von 25 Prozent ist als Nettoziel zu verankern.
- Verordnungen sollten prinzipiell mit einer Befristung versehen werden. Öffnungs- und Experimentierklauseln sollten ebenfalls befristet werden. Auch bei Gesetzen kann die Befristung herangezogen werden.
- Europäische Vorgaben sind nur im zwingend erforderlichen Maß in deutsches Recht umzusetzen. Eine Ausweitung der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien und eine staatlich verordnete CSR (Corporate Social Responsibility - Unternehmerische Sozialverantwortung) lehnen wir ab.

7. Bildungspolitik

- Eine qualifizierte Bildung ist unabdingbare Voraussetzung für eine gesellschaftliche Teilhabe des Einzelnen ebenso wie für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand.
- Wir fordern ein differenziertes Schulsystem, das den unterschiedlichen Begabungen der Schüler Rechnung trägt sowie jeden Einzelnen möglichst optimal fördert und fordert.
- Die Bildungspolitik muss sich darauf konzentrieren, jungen Menschen elementare Grundlagen wie Rechnen, Schreiben und Lesen zu vermitteln.
- Im Unterricht sind Kenntnisse zur Sozialen Marktwirtschaft und zum unternehmerischen Handeln zu vermitteln.
- Allgemeinbildende Schulen sollen mit beruflichen Schulen und Betrieben enger kooperieren. Praktika zur Vorbereitung auf die Berufswelt sollten ausgebaut werden.
- Die duale Berufsausbildung ist ein Standortvorteil Deutschlands im globalen Wettbewerb und muss weiter gestärkt werden.
- Die Durchlässigkeit im gegliederten Schulsystem, aber auch zwischen beruflicher Bildung, Berufsakademien, Fachhochschulen und Universitäten muss erhöht werden.

8. Mobilität

- Im Bundeshaushalt sind die Investitionen für die Bundesfernstraßen dauerhaft um mindestens eine Milliarde Euro zu erhöhen.
- Die Investitionsmittel sind für die Sanierung ebenso wie für den Neu- und Ausbau von Bundesfernstraßen einzusetzen. Noch vorhandene Autobahn-Engpässe von bisher vier Streifen ohne Standspur sind bedarfsgerecht auf sechs Streifen mit Standspur auszubauen.
- Nach dem Motto „Straße finanziert Straße“ ist die Verkehrspolitik darauf auszurichten, alle Einnahmen aus der Lkw-Maut ausschließlich für den Straßenverkehr zu investieren.
- Die Bahn-Privatisierung muss weiter vorangetrieben werden. Die Bahn benötigt schnellstmöglich zusätzliches Kapital für ihre Infrastruktur und ihre Wachstumspläne. Eine Beteiligung von nur 24,9 Prozent ist für strategische Investoren, die mitentscheiden wollen, relativ uninteressant. Dies gilt vor allem für Unternehmen aus dem Bereich der Logistik und der privaten Bahnbetreiber. Daher fordern wir eine Bahn-Privatisierung von bis zu 49,9 %.

NAMEN SIND NACHRICHTEN

Trauer um Willi Heineking
Der frühere niedersächsische Landtagsalterspräsident, langjährige Kreisvorsitzende der MIT Nienburg und Ehrenvorsitzende der MIT Hannover, Willi Heineking, ist nach kurzer aber sehr schwerer Krankheit im Alter von 75 Jahren verstorben. Wir verlieren damit einen unserer wirklich aktiven Mittelständler, der mit viel Herzblut und Überzeugung für die Sache gestritten hat.

MIT-Verstärkung im Bundestag
Christian Hirte, Vorsitzender der MIT Eisenach-Wartburgkreis, hat sein Mandat als Mitglied des Deutschen Bundestages angenommen. Der 32-jährige Rechtsanwalt aus Bad Salzungen ist für den ausgeschiedenen Bernward Müller ins Parlament eingezogen und vertritt seinen thüringischen Heimatwahlkreis Eisenach - Wartburgkreis - Unstrut-Hainich-Kreis II im Deutschen Bundestag. Der Christdemokrat ist Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie im Tourismusausschuss. Mit diesen beiden Schwerpunkten will er die Interessen des heimischen Mittelstandes zukünftig in Berlin intensiv vertreten.

MIT stellt neuen Fraktionsvorsitzenden in Düsseldorf
Mit überwältigender Mehrheit hat die CDU-Ratsfraktion der Landeshauptstadt Düsseldorf am 1. September 2008 den MIT-Vorsitzenden in Düsseldorf, Friedrich G. Conzen, zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Conzen ist zudem Präsident des Einzelhandelsverbandes Nordrhein-Westfalen und Vizepräsident des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels. Dirk Elbers, neuer Oberbürgermeister und bisheriger Fraktionsvorsitzender, hatte für ihn geworben als Garant für Geschlossenheit in der Union. Als Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der CDU-Ratsfraktion und stellvertretender Fraktionsvorsitzender konnte Conzen bereits Erfahrungen an der Spitze sammeln.

1971 trat er in die CDU ein, seit 1979 ist er ununterbrochen Mitglied des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf. Conzen leitet in vierter Generation ein Düsseldorfer Unternehmen. Für sein vielfältiges ehrenamtliches Engagement wurde er 1996 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.

MIT Brandenburg
Auf dem Landesmittelstandstag der MIT Brandenburg wurde Dr. Christian Ehler, MdEP, in seinem Amt als Landesvorsitzender wiedergewählt. Seine Stellvertreter wurden Hermann Kühnapfel, Horst Tarnawski und Detlev Delfs. Steffen Kissinger übernimmt das Amt des Schatzmeisters. Die Beisitzer im neuen Landesvorstand sind Dr. Eva Maria Huntemann, Peter Schultheiß, Matthias Seliger, Rainer Oettel, Wolfgang Marx, Sybille Reimschüssel, Johannes Bulawa und Cornelia Karlstädt.

MIT Rommerskirchen
Der Vorsitzende des MIT-Gemeindeverbandes Rommerskirchen, Gerhard Heyner, wurde bei den diesjährigen Vorstandswahlen in seinem Amt bestätigt. Stellvertretende Vorsitzende wurde Franziska Hachmann. Als Beisitzer wirken im Vorstand Klara Kelzenberg, Anke Möcker, Heinz Geuenich, Tim Heyner, Adolf Schmitz und Karl Schütz mit.

Mittelstandspolitik

Selbstständige und Freiberufler, die freiwillig gesetzlich versichert sind, bekommen ab 2009 kein **Krankentagegeld** mehr. Weitgehend unbemerkt wurde diese Leistung in der Gesundheitsreform 2007 gestrichen. Betroffen sind nach Schätzungen über eine Million Versicherte. Sie konnten bisher statt des ermäßigten den regulären Tarif wählen und erhielten im Krankheitsfall spätestens ab der siebten Woche Ersatzzahlungen für ihren Verdienstausfall. Von kommendem Jahr an besteht diese Möglichkeit nicht mehr. Wer sich weiter schützen möchte, muss dann eine private Zusatzversicherung abschließen.

Ein Initiatorenkreis aus Sanierungsberatern sowie Netzwerkpartnern aus Wissenschaft, Forschung und Förderung – darunter die Sächsische Aufbaubank, das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) und Creditreform – haben ein kostenloses **Sanierungsportal** speziell für die mittelständische Wirtschaft initiiert. Ziel ist, die verstreut vorhandenen Informationen über Krisen, Warnsignale und Gegenmaßnahmen praxisgerecht zu bündeln. Zentraler Bestandteil ist ein KMU-Online-Check, der es Firmenchefs ermöglicht, sich ohne jede Offenbarung gegenüber Dritten eine Standortbestimmung zu verschaffen, Hinweise zu Risikofaktoren zu bekommen und die eigene Situation mit anderen Betrieben zu vergleichen.
www.sanierungsportal.de

Mit dem Entwurf eines Gendiagnostikgesetzes hat das Bundeskabinett sehr enge Grenzen für die Verwendung von Informationen über menschliches Erbgut gezogen. Ausdrücklich verboten wird jede Benachteiligung wegen genetischer Eigenschaften. Arbeitgeber dürfen danach weder vor noch nach einer Einstellung vom Beschäftigten **Gentests** oder Auskunft darüber verlangen. Bei arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen ist ihr Einsatz grundsätzlich nicht erlaubt, es sei denn sie dienen ausschließlich dem Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Heute schon übliche Einstellungstests etwa auf Rot-Grün-Farbblindheit bleiben möglich.

Die Bundesregierung will **Arbeitszeitkonten** im Insolvenzfall besser schützen. Künftig können Arbeitnehmer solche Vereinbarungen kündigen und Schadensersatz verlangen, wenn das Unternehmen Langzeitkonten nicht gegen Zahlungsunfähigkeit abgesichert hat. Das sieht das geplante Flexi-II-Gesetz vor, das der Bundestag nun berät. Neben schärferen Sanktionen und strengeren Kontrollen sollen die begrenzte Mitnahme von Zeitguthaben beim Arbeitsplatzwechsel bzw. ersatzweise die treuhändische Übertragung des Guthabens an die Rentenversicherung ermöglicht werden. Auf Druck der Wirtschaft gelten die Neuregelungen nicht für Gleitzeit- oder Überstundenkonten, die viele Betriebe zur Flexibilisierung nutzen, um kurzfristige Auftragsschwankungen auszugleichen. Die Arbeitgeberverbände kritisieren gleichwohl zusätzliche Bürokratie, da neue Konten künftig in Geld lauten müssen. Bislang ist wahlweise auch eine Zeitführung möglich. Insgesamt nutzen derzeit schätzungsweise 2,5 Millionen Arbeitnehmer in Deutschland Arbeitszeitkonten.

Die EU-Kommission will **Europas** unübersichtliche **Verbraucherschutzvorschriften** vereinheitlichen. Ein neuer Richtlinienentwurf sieht u.a. gleiche Garantieregeln und einheitliche Widerrufsrechte sowie Informationspflichten bei Onlinekäufen und Haustürgeschäften vor. Die nun geplante Harmonisierung kommt einem Paradigmenwechsel gleich. Da Brüssel bislang nur Mindestvorgaben macht und den Mitgliedstaaten das Recht lässt, strengere Regeln draufzusatteln, entstand ein unübersichtlicher Flickenteppich. Die Wirtschaft begrüßte die Pläne. Nach DIHK-Angaben belasten die unterschiedlichen nationalen Normen gerade kleine Anbieter. Wer als Mittelständler seine Waren in allen 27 EU-Ländern vertreiben will, müsse momentan mit Zusatzkosten von mehr als 70.000 Euro rechnen. Die Kammerorganisation erhofft sich eine deutliche Steigerung beim Fernabsatz auf den Nachbarmärkten. 150 Millionen EU-Bürger kaufen derzeit im Internet ein, doch nur 30 Millionen greifen trotz teilweise günstigerer Preise dabei zu ausländischen Angeboten, weil sie ihre Rechte dort nicht kennen.

Die große Koalition reagiert mit **niedrigeren Zuwanderungshürden** auf den zunehmenden Fachkräftemangel. 2009 soll das Gesetz zur „Arbeitsmigrationssteuerung“ in Kraft treten. Ein wesentlicher Punkt ist die Senkung der Einkommensgrenze für Hochqualifizierte aus Drittstaaten von 86.400 auf dann 63.600 Euro Jahresverdienst. Zudem werden bislang nur Geduldete einen sicheren Aufenthaltsstatus erhalten, wenn sie in Deutschland eine qualifizierte Berufsausbildung abgeschlossen und eine Arbeitsstelle haben. Das gilt auch für Hochschulabsolventen. Akademiker aus den neuen EU-Staaten können künftig ebenfalls leichter Jobs finden: Auf die Vorrangprüfung, nach der nur eine Arbeitsgenehmigung erteilt wird, wenn für den Platz weder ein Deutscher noch ein Bewerber aus den alten EU-Ländern zur Verfügung steht, wird dann verzichtet. Die volle Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus Osteuropa wird allerdings um zwei Jahre auf 2011 verschoben. Bislang hält sich der Andrang der „besten Köpfe“ sehr in Grenzen: 2007 wurden nur 456 hochqualifizierte Zuwanderer registriert. Den heimischen Unternehmen fehlen aber rund 400.000 Fachkräfte, darunter allein 100.000 Ingenieure.

kss

Projekt „Wirtschaft hautnah“

Die mangelnden Kenntnisse vieler Schüler in Brandenburg über den Zusammenhang von Sozialer Marktwirtschaft und Demokratie sind inzwischen gefährlich für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Dies machte der alte und neue Landesvorsitzende der MIT Brandenburg, Dr. Christian Ehler, MdEP, auf dem Mittelstandstag der MIT Brandenburg deutlich. „Um die Ausbildungsmöglichkeiten junger Menschen zu verbessern und Lehrkräfte zu unterstützen, hat die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Brandenburg das Projekt ’Wirtschaft hautnah’ entwickelt,“ so Ehler.

Anlass für dieses Projekt sind die jüngsten Ergebnisse der Studie des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin. Deutlich über ein Drittel der Schüler befürworten staatliche Planwirtschaft als Funktionsprinzip und heben die vermeintlich positiven sozialen Aspekte der DDR hervor. „Wir wollen mit diesem Projekt erreichen, dass die Zusammenhänge und die Funktionen der Sozialen Marktwirtschaft den Brandenburger Schülerinnen und Schülern explizit vermittelt werden,“ erklärte Ehler. Wenn über ein Drittel der Schüler bereit sind, elementare Freiheitsrechte aufzugeben und stattdessen den allumsorgenden starken Staat bevorzugen, ist dies nach Ansicht der MIT Brandenburg der Nährboden für die Versprechungen der Rattenfänger der extremen Linken und Rechten im Land. Ziel der Kampagne soll nun ein eigenes Fach Wirtschaft im Lehrplan der Schulen sein.

1. Golfturnier der MIT im Norden

Zum ersten Mal luden die MIT Schleswig-Holstein und die MIT Hamburg zu einem gemeinsamen Golfturnier mit anschließendem Sommerfest auf Gut Appeldör in Schleswig-Holstein. Rund 100 MITler nahmen bei sonnigem Wetter den Kampf mit dem kleinen weißen Ball auf. Den 1. Platz beim Schnupperkurs belegte Olaf Breitkreuz. Das Brutto der Damen gewann Sigrid Vollbehr, bei den Herren siegte Bernd Egger. In der Nettowertung siegten Ulrich Tröger (Klasse A), Karl-Heinz Rethmann (Klasse B) und Matthias Adler (Klasse C). Am Abend wurde im Clubhaus nach einem festlichen Abendessen bei Musik bis in die Nacht gefeiert.

MIT sportlich aktiv: Beim Golf-Schnupperkurs war Konzentration gefragt.

Familienfest für Klein und Groß

Der Einladung des MIT-Kreisvorsitzenden in Fulda, Winfried Rippert (siehe Foto), zum diesjährigen Familienfest waren viele Familien mit ihren Kindern gefolgt. In der gut gefüllten Gartenanlage der Waldgaststätte Praforst hatten sich Mittelständler und Gäste sowie Vertreter der lokalen Politik zum gemeinsamen Feiern und Gedankenaustausch eingefunden. Darunter waren auch der MIT-Landesvorsitzende Edwin Balzter und der Landrat Bernd Woide. Den Wunsch von Winfried Rippert, den Kreishaushalt zu verzaubern, auf das er nur noch Überschüsse hervorbringe, konnte der Magier Gerrit nicht erfüllen. Dafür unterhielt der Zauberer die kleinen und großen Gäste mit verblüffenden Darbietungen.

Die Hauptattraktion: Zwei Alpakas zu Besuch beim Familienfest der MIT Fulda.

1.141 Meter über dem Meeresspiegel

Die Konsolidierungspolitik der Bundesregierung darf nicht länger nur über höhere Steuereinnahmen erfolgen. Diese Position vertrat der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarmann bei seinem Besuch des MIT-Kreisverbandes Harz. Bei der Podiumsdiskussion auf dem Brocken, 1.141 m über dem Meeresspiegel, machte er deutlich, dass auf der Ausgabenseite des Bundes bisher nicht gekürzt wurde. Vielmehr seien die Ausgaben sogar schneller gewachsen als das Sozialprodukt. Der Fehler bestünde darin, dass die Staatsausgaben nicht hinterfragt werden. Einigkeit bestand bei den Gästen der MIT aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen darin, dass dies mit der klassischen CDU-Wirtschafts- und Steuerpolitik nicht mehr viel zu tun hat. Die Ausgaben sollten sich zukünftig wieder stärker nach den Einnahmen richten und nicht umgekehrt. Der Kreisvorsitzende der MIT Harz, Dr. Bernhard Voigt, zeigte sich erfreut, dass die Ausführungen des Bundesvorsitzenden zur gegenwärtigen Strategie der MIT von den Gästen mit großem Zuspruch aufgenommen wurden.

Maria Böhmer mit der MIT auf Sommertour

Gemeinsam mit der MIT Frankenthal und dem MIT-Kreisvorsitzenden Lucas Spiegel ging Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer auf eine Sommertour in Sachsen. Auf dem Programm stand der Besuch von mittelständischen Betrieben im neuen Gewerbegebiet Nord in Frankenthal. Dabei besuchten sie die Firma GBZ, in der mit 60 Mitarbeitern Spezialwerkzeuge für die Kabel- und Rohrbearbeitung produziert werden. Anschließend wurde ein Karosseriefachbetrieb besichtigt. Bei der Diskussion in den Betriebsräumen des Fachbetriebes mit türkischen Unternehmern wurde deutlich, dass eine gute Ausbildung junger Migranten und das Einbeziehen der Eltern für eine gelungene Integration unerlässlich sind.

Staatsministerin Böhmer (vorn) und die MIT vor Ort beim Mittelstand.

Sommerfest in der deutschen Toskana

An dieser Stelle unter MIT-Inside berichten wir gern, um nicht zu sagen am liebsten, über ungewöhnliche oder außergewöhnliche, auf jeden Fall aber über nachahmenswerte Aktivitäten der regionalen MIT-Verbände. In diese Kategorie fällt wieder einmal das Sommerfest der MIT Rheinland-Pfalz in Bissersheim an der Weinstraße, der deutschen Toskana.

MIT-Landesvorsitzender Josef A. Geyer hatte in seine Haldmühle geladen, ein beeindruckendes Anwesen mit zahlreichen Nebengebäuden, einem stattlichen Park und einer kleinen Hochzeits-Kapelle. Den zahlreichen Gästen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Verwaltung bot Gastgeber Geyer nicht nur Erlesenes aus Küche und Keller, sondern auch einige musikalische Leckerbissen. So erfüllte Jazz-Legende Jochen Brauer ebenso die musikalischen Erwartungen der Sommerfest-Gäste wie DJ Tim Capri und der erst zwölfjährige Ausnahme-Violinvirtuose Lucas Wecker.

Höhepunkt des Programms war ohne Zweifel der Auftritt von Künstlern des badischen Staatstheaters Karlsruhe unter der Leitung von Chordirektor Carl-Robert Helg. Genügend Gesprächsstoff also während eines überaus kurzweiligen und unterhaltsamen Abends. So stellt man sich die MIT als Gastgeber vor: Menschen zusammenführen, ein Forum für Kultur und Informationen bildend, fest verankert, akzeptiert und angesehen in ihrer Klientel – unverkrampft, weltoffen und weit entfernt von jenem Hinterzimmer-Image, das Parteien und Verbänden allzu oft anhaftet. G.K.

Josef A. Geyer, charmanter Gastgeber des Sommerfestes seiner rheinland-pfälzischen MIT.

Anforderungen und Chancen der betrieblichen Berufsausbildung

Betriebsbesuch der MIT gemeinsam mit der Jungen Union Hochsauerlandkreis.

Im Schulterschluss mit der Jungen Union Hochsauerlandkreis und Ense organisierte die MIT Hochsauerlandkreis eine Betriebsbesichtigung und Infoveranstaltung zum Thema Berufsausbildung. Der MIT-Kreisvorsitzende Ulrich Klein und der Geschäftsführer der Firma BJB, Philipp Henrici, begrüßten zahlreiche junge Nachwuchskräfte. Die Jugendlichen erhielten einen kleinen Einblick in die Anforderung von Auswahlverfahren. Die Schulnoten sind dabei in der Regel nur ein Kriterium. Teamfähigkeit und gute Fremdsprachenkenntnisse sind insbesondere bei international aufgestellten Unternehmen ebenso entscheidend. An die Vorträge schloss sich ein ausgiebiger Betriebsrundgang an, bei dem die Jugendlichen die Vielseitigkeit der angebotenen Lehrberufe hautnah erleben konnten.

Im Rahmen der politischen Diskussion wurde am Ende deutlich, dass die mittelständischen Betriebe derzeit durch weitere bürokratische Regelungen und Hürden immer mehr eingeengt und in ihrer Existenz gefährdet werden. Die neuen Verordnungen über die „Einheits-Krankenkassen", die Mindestlohnvereinbarungen und viele andere Gesetze und Verordnungen schwächen erheblich die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen.

Europapolitik beim MIT-Talk

Europa ist ein Gewinn, zugleich aber auch eine große Herausforderung. Vor 100 Jahren kamen auf einen Europäer drei Nichteuropäer, heute sind es 13 Nichteuropäer. Diese Entwicklung hat Konsequenzen. Europa hat global nur dann eine Chance, wenn die Europäer gemeinsam handeln und auftreten. Zu dieser Position kam man beim diesjährigen ‚MIT-Talk in der Werkstatt' zum Thema „Europa - Chance oder Risiko für den Mittelstand". Auf Einladung des MIT-Kreisvorsitzenden Giessen, Hermann Hubing, diskutierten die Gäste mit Bernd Ehinger (Präsident des Hessischen Handwerkstages), Peter Ertelt (Schreinerei-Geschäftsführer), Lutz Neumann (IHK Gießen-Friedberg) sowie MIT-Bundesvorstandsmitglied Gerd Robanus. Letzterer machte deutlich, dass gemeinsames europäisches Handeln auch für die Energiepolitik gelten muss.

BAUSTELLE BERLIN

Liebe MIT-Streiter,

nach intensiven Beratungen bei den beiden Regionalkonferenzen Nord und Süd hat der MIT-Bundesvorstand die programmatischen Weichen für den CDU-Parteitag am 1. und 2. Dezember in Stuttgart gestellt. Das kleine Team der Bundesgeschäftsstelle beschäftigt sich mit ersten Überlegungen zum Bundestagswahlkampf 2009. Egal, wie die Union ihren Wahlkampf anlegt, ob als Schmuse-, Kanzlerinnen-, Team- oder Verheißungswahlkampf: die MIT wird ihre Forderungen klar und deutlich artikulieren (siehe auch das Editorial auf Seite 3). Dazu hat unser Bundesvorsitzender Josef Schlarmann die eindeutige Rückendeckung seiner Vereinigung. Personell wie programmatisch. Zuletzt haben dies die MIT-Landestagungen in NRW und in Hessen deutlich gemacht.

Den Begriff „Verheißungswahlkampf" habe ich nicht zufällig genannt. Selbigen empfiehlt uns die Meinungsforscherin Renate Köcher (Institut Allensbach). Ihre Erkenntnis hat sie aus dem richtigen Leben: Die Union möge nicht auf die Dankbarkeit der Wähler für das Geleistete setzen, sondern eben einen „Verheißungswahlkampf" führen, in dem sie klarmacht, was sie will und was sie erreichen möchte. Zentrales Thema wird wohl die sich immer weiter öffnende „soziale Schere" werden. Damit ist ***Die Linke*** schon eine ganze Weile unterwegs. Nach dem Führungswechsel in der SPD ist sie dabei, ihren altkommunistischen Bedrohungscharakter zu verlieren, jedenfalls in der Beurteilung durch die Wähler. Tatsächlich haben natürlich Honeckers Erben nichts von ihrer Gefährlichkeit abgelegt...

Die Linke wäre nicht so hoch gekommen, wenn es nicht den rapiden Zustimmungsverlust zu Marktwirtschaft und Demokratie im Allgemeinen und zu den etablierten Parteien im Speziellen gegeben hätte. Ein Viertel aller befragten Deutschen haben sich von der Demokratie abgewandt, nur noch 18 Prozent stehen im Osten zur Sozialen Marktwirtschaft. Woran liegt's? Wer hat versagt? Was können, was müssen wir ändern? Schreiben Sie mir – per Mail, per Post, per Fax – Antwort garantiert!

Ein Aufreger zum Schluss, den ich aber weitgehend unkommentiert lassen möchte, um nicht in die falsche Ecke gestellt zu werden: In Köln entsteht nun die Groß-Moschee für 2.000 Muslime. Schon jetzt gibt es 159 Moscheen in Deutschland, 184 weitere befinden sich in Planung.

Und wie viele intakte christliche Kirchen gibt es in der Türkei? Eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten durfte zwar im Geburtsort des Apostels Paulus in Tarsus einen Gottesdienst feiern. Altarkreuz, Bibel, Kerzen aber mussten sofort wieder aus dem ehemaligen Kirchengebäude entfernt werden. Ist das der richtige Umgang eines EU-Beitrittskandidaten mit religiösen Minderheiten? Ist die EU nicht auch eine Wertegemeinschaft?

Zum Thema „Toleranz" habe ich bei dem Philosophen Karl Jaspers nachgelesen:

„Toleranz darf nicht bestehen gegenüber der Intoleranz ... Es darf keine Freiheit geben zur Zerstörung der Freiheit."

Freiheit kann man auch mit „Religionsfreiheit" gleichsetzen. So wird der Weg der Türkei nach Europa immer länger und länger. Trotz der 2 Millionen Türken, die schon hier angekommen sind.

h.d.lehnen@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR

Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM

Herausgeber
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag und Redaktion
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefon: 04305 / 992 995
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur
Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

Parlamentsredaktion
Karl-Sebastian Schulte (kss)
Telefon: 0 30/75 70 91 70, Telefax: 01212 / 531 801 671
E-Mail: kss@mitmagazin.com

MIT-Inside
Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht
Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto
Pitopia

Anzeigen
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 995, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: bk@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf
Nielsen II, V, VII
Verlagsvertretung Getz,
Telefon: 02205 /8 61 79, Fax 02205 /8 56 09
Nielsen III a, III b, IV
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,
Telefon: 06261 / 92 340, Fax 06261 / 92 34 20
Nielsen I, VI
MSM Medienservice Meins,
Telefon: 04102 / 3 15 78 , Fax 04102 / 3 15 38
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. 1. 2008

Satz und Layout
Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431/ 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck
Evers-Druck GmbH
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

Bezugsbedingungen
MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.
Der Jahresbezugspreis beträgt 31,– € incl. 7 % Mehrwertsteuer.
Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich.
Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Gewähr. Von Rückfragen bitten wir abzusehen.
ISSN 0932-3325
Copyright für den gesamten Inhalt: GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

IVW geprüft

Leserreise

Kreuzfahrt mit dem 3-Sterne-plus-Schiff COLUMBUS entlang der historischen Ostseeküste*

vom 25. Mai bis 6. Juni 2009

* lt. Berlitz Cruise Guide 2008

Cuxhaven • Sassnitz/Rügen • Danzig/Polen • Stockholm/Schweden • Helsinki/Finnland • St. Petersburg/Russland • Tallinn/Estland • Klaipeda/Litauen • Roenne (Bornholm)/Dänemark • Kiel

Idyllisches, Prächtiges und Romantisches erleben Sie auf dieser Kreuzfahrt auf der Ostsee. Während der Passage durch den Nord-Ostsee-Kanal stimmen Sie sich mit dem Blick auf die norddeutschen Uferlandschaften auf die bevorstehenden Höhepunkte der Reise ein.
Schon von Weitem grüßen die weißen Kreidefelsen der Insel Rügen, die Caspar David Friedrich in seinen Gemälden verewigte. Auch Danzig mit seinen liebevoll restaurierten Patrizierhäusern ist ein wahres Schmuckstück. Nachdem Sie den beiden nordischen Hauptstädten Stockholm und Helsinki Ihre Aufwartung gemacht haben, empfängt St. Petersburg Sie mit all seiner glänzenden Pracht. Goldblitzende Türme, herrschaftliche Paläste und die unermesslichen Kunstschätze der Zarenzeit lassen Ihren Besuch zu einem unvergesslichen Erlebnis werden. Nach so viel majestätischem Prunk muten das mittelalterliche Tallinn sowie das litauische Klaipeda eher beschaulich, aber dadurch nicht weniger reizvoll an.
Kommen Sie an Bord und lassen Sie sich gefangen nehmen vom Charme der schönsten Ostseeperlen.

Frühbucherermäßigung in Höhe von € 50,– pro Person bei Buchung bis 15.11.2008

Enthaltene Leistungen:
• Kreuzfahrt in der gebuchten Kategorie • Derzeit geltender Treibstoffanteil • Hafengebühren • Vollpension an Bord • Tischwein und Softdrinks beim Abendessen • Vorträge und alle Veranstaltungen an Bord • Benutzung aller Bordeinrichtungen (außer Friseur und ähnliche Dienstleistungen), Föhn und Bademantel stehen zur Verfügung • Betreuung durch kompetente und erfahrene Reiseleiter während der Landausflüge • TUI LT Special Tours-Reiseleitung an Bord • Reiserücktrittskostenversicherung • Insolvenzversicherung

Reisepreis pro Person ab Cuxhaven/bis Kiel

in einer Vierbettkabine zur Zweibettbenutzung, innen	ab **€ 2.514**
in einer Zweibettkabine, außen	ab **€ 3.114**

Gerne senden wir Ihnen kostenlos und unverbindlich unseren ausführlichen Prospekt zu.
Rufen Sie noch heute an! **Ihre Leserreisen-Hotline: 04 21 - 322 68 80**
Montag bis Freitag von 8.00 bis 20.00 Uhr und Samstag von 8.00 bis 14.00 Uhr

TUI Leisure Travel Special Tours
Wachtstraße 17–24
28195 Bremen
Fax 04 21 - 3 22 68 38

MEHR KOMFORT FÜR FAHRER.
MEHR PLATZ FÜR TRANSPORTE.

DER NEUE RENAULT KANGOO RAPID.

www.renault.de

KANGOO RAPID BASIS 1.5 DCI 50 KW (68 PS)

Leasingsonderzahlung: 0,– €
Monatl. Rate: 189,– €
Laufzeit: 36 Monate
Gesamtlaufleistung: 50.000 km

OHNE ANZAHLUNG: 189,– €/Monat*

* Preise sind Nettoangaben zzgl. gesetzlicher USt., ein Angebot der Renault Bank, bei allen teilnehmenden Renault Partnern.

SCHÖN, WENN MAN NICHT NUR VIEL RAUM FÜR SICH HAT, SONDERN AUCH FÜR MATERIAL UND WERKZEUG.

Der neue Renault Kangoo Rapid bietet dank vergrößertem Innenraum beides, ohne dabei an Komfort zu sparen. Im Gegenteil: Ein ergonomischer Fahrerplatz, übersichtliche Instrumente sowie zahlreiche Ablagen und Staufächer zeichnen den Kangoo Rapid aus. Dazu kommt seine hervorragende Verarbeitung. Und dank der niedrigen Innenraumgeräusche könnten Sie sogar vergessen, dass Sie beruflich unterwegs sind. Kurzum: So komfortabel waren Sie mit Ihrem Transportgut noch nie auf Tour. Gesamtverbrauch innerorts/außerorts/kombiniert: 5,9/5,0/5,3 l/100 km. CO_2-Emission: 140 g/km (Messverfahren gem. RL 80/1268/EWG). Abb. zeigt Sonderausstattung.

RENAULT